

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 42.

Montag, den 19. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Gegen Mumm-pitz und Verfassungsbruch.

Die seltsamen Vorfälle, die der Reichskanzler, Graf Posadowsky und der Lizenziate Mumm am Freitag bei der Staatsberatung gehalten haben, lehnte in der Fortsetzung der Debatte am Sonnabend Genosse Ledebour für die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit ab. Das überwältigende Vertrauensvotum des Volkes bei den jüngsten Wahlen hat uns wohl ein Recht gegeben, unsere Prinzipien und unsere bisherige Taktik unerschütterlich weiter zu verfolgen und unbeirrt durch die kleinlichen und gehässigen Einwendungen blinder, bürgerlicher Vulprediger wie bisher leidenschaftlich zu propagieren. Mit Recht sprach Genosse Ledebour nur wenig über die dürftigen Vorwürfe, die man aus dem Rest des Reichsverbandesmaterials noch gegen uns geschöpft hat, die Lunker haben uns Terrorismus vorgeworfen, dieselben Lunker, die kaum ein einziges Mandat ohne die Anwendung der schlimmsten Gewalttätigkeiten und des schändlichsten Wahlbetruges erlangt hätten, die am liebsten den ganzen Staat umwandeln möchten in ein einziges großes Instrument zwangswiesiger Unterdrückung der Arbeiterklasse. Der Lizenziate mit den Posamentenengelbacken hat zur Abwechslung uns nicht als Zerstörer der Kirche und Religion hingestellt, sondern als fromme Psalmenfänger, die mit dem Gesänge „Nun danket alle Gott“ ihre Versammlungen einleiteten und die Wähler täuschten. Ledebour stellte fest, daß die ganze schöne Geschichte den Nachteil hat, nicht wahr zu sein; sie ist eine christlich-soziale Wahl-lüge. Graf Posadowsky hat hochmütige Bemerkungen über die Aufklärung der sozialdemokratischen Wähler und die Belehrung der Arbeiter, über die Unmöglichkeit unserer Programmforderungen dahergeredet; in seinen Wahlversammlungen hat er diese Aufklärung in der Weise betrieben, daß er höchstens zehn Minuten Redezeit gegeben hat. Bei solcher „Lapserkeit“ macht man natürlich auf die Wähler einen tiefen Eindruck, wobei allerdings zweifelhaft ist, ob bei freier Redezeit des Grafen Posadowsky Aufklärungsarbeit nicht noch lieber für ihn ausgefallen wäre. Den ganzen traurigen Mumm-menschling der Befugten des Wahlkampfes, die den Siegern beibringen wollen, wie man kämpfen muß, tat ein vom Genossen Ledebour provozierter Zwischenruf aus unseren Reihen als Mumm-pitz ab. Der Herr Lizenziate Mumm bemühte sich am Schluß der Sitzung, diese Charakterisierung seines Auftretens zu bestätigen, indem er in ellenlangen persönlichen Bemerkungen alle seine widerlegten Wahlmärchen noch einmal unverändert vortrug. In einer bloßen geistigen Minderwertigkeit kann das nicht liegen. Herr Mumm will offenbar beizeiten die Erbschaft des Reichsverbandesgenerals v. Liebert antreten, dessen Mandat demnächst kassiert werden wird.

Von diesem Kleingefecht erhob sich Genosse Ledebour zu wichtigen Angriffen gegen die Regierung und den Reichskanzler, dessen trübseliges Irrlicht Deutschland immer tiefer in den Sumpf der Reaktion führen möchte. Mit aller Schärfe wies er die unerhörte Unmaßigkeit der Bürokratie zurück, in die inneren Geschäfte des Reichstages, besonders die Präsidentenwahl, hineinzureden. Gegenüber Behmanns schroffer Ablehnung aller verfassungsmäßigen Fortschritte wies er auf Bayern hin, wo ja soeben ein der Mehrheit des Parlamentes entnommenes Zentrumministerium ernannt worden ist. Vor allem aber protestierte Ledebour namens der 7½ Millionen liberaler und sozialdemokratischer Wähler gegen die Angriffe des Reichskanzlers auf das Reichstagswahlrecht. Hat doch Herr v. Behmann sich nicht geschaut, ein Wahlrecht zu verlangen, in dem nicht die Wahl, sondern ein anderer Maßstab, natürlich der Geldsack, entscheiden soll. Diese ungeheuerlichen Provokationen des Mannes, der zum Hüter der Reichsverfassung bestellt sein sollte, sind ja nichts Neues, aber hoffentlich etwas bald Überwundenes. Denn auf die Dauer werden auch die reaktionärsten Bürokraten nicht verhindern können, daß sich der Wille des aufgeklärten und organisierten Volkes durchsetzt. Hoffnungen, wie sie der Graf Posadowsky geäußert hat, daß die Sozialdemokratie sich über dem Revisionismus zum Bürgertum zurückentwickeln werde, sind natürlich reine Phantastereien. Die Sozialdemokratie wird, wie Ledebour ankündigte und das arbeitende Volk erfüllen wird, ihren Weg zur völligen Befreiung des Menschengeschlechts unbeirrt fortsetzen.

Ledebours Anklagen gegen die auswärtige Politik lockten den schwächlichen Demosthenes, Herrn von Riberlen-Wächter ans Rednerpult. Er suchte abzuleugnen, daß er die Alldeutschen zu ihren törichtesten Kriegshereien veranlaßt und Lockpitzel nach Agadir ge-

sandt hätte. Tatsache ist jedenfalls, daß er den Vorstehenden des knalldeutschen Verbandes, Rechtsanwalt Claß, dreimal empfangen und ihm gesagt hat, daß eine patriotische Aufhebung der Bevölkerung ihm als Rückenstärkung gegen Frankreich nicht unangenehm wäre. Ein solches Spiel mit dem Feuer verdient die schärfste Mißbilligung aller ehrlichen Freunde des Weltfriedens. Man schie an diesem Beispiel wieder einmal, welche Gefahr für ganz Europa die veralteten Methoden der diplomatischen Unfähigkeit in Deutschland sind. Im übrigen suchte sich Herr v. Riberlen als Sündenbock für die „Mißverständnisse“ einen Reichstagsabgeordneten aus, der „nicht mehr hier ist“; der soll, was Riberlen gesagt hat, verwechselt haben mit den Geistesrichthelmen eines chauvinistischen Redakteurs. Volle Klarheit über die Marokkoheke könnte wohl nur eine Gerichtsverhandlung bringen, wo die Riberlen und Claß, Laßmann und Liman unter dem Elde stünden.

Einen weiteren Verteidigungsversuch für die Regierung unternahm der neue Kolonialstaatssekretär Dr. Solß, dessen Erlaß gegen die Mischehen in Samoa Ledebour als kulturwidrig gebrandmarkt hatte. Solß suchte das Verbot der Mischehen damit zu rechtfertigen, daß er behauptete, die Weißen heiraten Samoanerinnen nur aus geschlechtlichen Gründen oder um eine billige Haushälterin zu bekommen, oder wegen der Mitgift, was alles dem christlichen Ideal nicht entspräche. Als man ihm zurief, daß in den herrschenden Klassen Deutschlands die Ehen auch nicht alle aus den idealsten Gründen geschlossen würden, half er sich mit dem faulen Witz, daß er nur für die Kolonien verantwortlich sei. Er wie Riberlen hatten einen starken Hellekeitererfolg, natürlich unfreiwilliger Art.

Den Schluß der Sitzung nahm eine Auseinandersetzung zwischen dem Zentrumabgeordneten Gröber und dem Reichsfinanzsekretär Wermuth ein. Gröber halte in seiner überaus matten und langweiligen Rede die Forderung der Regierung nach neuen Steuern rundweg abgelehnt. Darauf antwortete Wermuth mit beißendem Spott, daß ohne sie die Finanzreform von 1909 eine Schuldentilgung nicht ermöglichte. Er bestätigte also die Kritik, die von der Sozialdemokratie an dem Werke des Schnapsblocks stets geübt worden ist. Wermuth weigerte sich entschieden, wieder in die alte Pumpwirtschaft einzulenken und höhnte das Zentrum, das aus Angst vor der Erbschaftsteuer jetzt die Grundzüge solider Finanzgebarung über den Haufen werfe, deren Aufstellung es im Wahlkampf als nationale Großtat gepriesen hätte. Mit dem boshaftesten Sarkasmus fragte er, warum die Rechte, die doch angeblich zu jedem Opfer fürs Vaterland bereit sei, gerade die Interessen der reichen Erben nicht opfern wolle. Die neue Erbschaftsteuer scheint also fertig zu sein. Die Wut der Schwarzblauen darüber dürfte am Montag der Schnapsdirektor Kretsch unverhüllt ausdrücken.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zu Sozialisten-Bekämpfung

machte der in Berlin tagende Deutsche Landwirtschaftsrat in seiner letzten Sitzung. Was könnte auch geeigneter sein, als dem Wort Geltung zu geben: Ende gut, alles gut!? Landrat a. D. v. Kliching (Niederzauhe) referierte über die sozialdemokratische Jugendbewegung. Nachdem in üblicher Weise die Sozialdemokratie vom Referenten und von anderen Rednern in Grund und Boden geredet war, wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Deutsche Landwirtschaftsrat erblickt in der sozialdemokratischen Jugendbewegung eine schwere Gefahr für das heranwachsende Geschlecht und damit für die Erhaltung der Vaterlandsliebe und für die Achtung vor der göttlichen und weltlichen Autorität. Der Landwirtschaftsrat erläßt daher an alle Kreise der ländlichen Bevölkerung die dringende Mahnung, dem Übergreifen dieser Bewegung auf das platte Land mit allen Mitteln entgegenzutreten. In diesem Sinne begrüßt der Deutsche Landwirtschaftsrat die Herausgabe der Schrift: „Das deutsche Buch für Schule und Haus“, das vielleicht gerade der heranwachsenden Jugend einen sittlichen und nationalen Halt zu geben vermag.“

Trotzdem wird die freie Jugendbewegung auch auf dem Lande weitere Fortschritte machen.

Trennung von Kirche und Staat

ist eine sozialdemokratische Forderung, bei deren Erwähnung unsere Schwarzen Jetermordio schreien. Daß der Kirche, der Religion und ihren Anhängern aber bei einem solchen Zustand keine Gewalt angetan werden braucht, ja, daß sie sich recht wohl dabei befinden können, beweist die amerikanische Religionsstatistik. Nach dem neuesten amtlichen Bericht zählen die verschiedenen

protestantischen Gemeinschaften etwa 20 Millionen Anhänger; da ihre Zahl 1890 14 Millionen betrug, haben sie in 20 Jahren um etwa ein Drittel zugenommen. Man zählte 1890: 4 589 000 Methodisten, 3 743 000 Baptisten, 1 231 000 Lutheraner; 1906: 5 700 000 Methodisten, 5 600 000 Baptisten, 2 100 000 Lutheraner. Die schnellsten Fortschritte hat der Katholizismus zu verzeichnen. 1890 lebten in den Vereinigten Staaten 6 658 000 Katholiken, 1906 12 079 000. Sie besitzen 15 000 Kirchen, die einen Wert von mehr als 1500 Millionen Mark darstellen. Trotz der Trennung von Kirche und Staat unterhalten die Zivilbehörden die besten Beziehungen zu den Kirchenfürsten, um deren Rat sie in wichtigen Fragen einkommen! Manche Bischöfe fanden in herzlichstem Verkehr mit Roosevelt; auch Laßt legt hierauf Wert, der Katholizismus gewinnt täglich an Boden.

Wie man sieht, befindet sich die Kirche bei diesem Zustand sehr wohl. Bei uns aber schreien die Schwarzen Mord und Brand, wenn man gleiche Zustände anstrebt.

Der Feldzug gegen die freie Jugendbewegung.

Wie ein Mitarbeiter der „Braunschweigischen Landeszeitung“ angeblich erfährt, bereitet das preussische Ministerium des Innern die generelle Schließung der neugebildeten sozialdemokratischen Jugendausschüsse in Preußen vor. Die Maßregel wird damit begründet, daß die erwähnten Jugendausschüsse gegen die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Vereinigungen verstoßen.

Es sind bekanntlich Gerichtsurteile ergangen, die die Jugendausschüsse mit einer Begründung, die alles andre denn juristisch stichhaltig ist, für politische Vereine erklären. Diese Urteile will die preussische Regierung also ausnützen. In Sachsen ist ähnliches im Werke.

Die freie Jugendbewegung wird sich also auf harte Verfolgung gefaßt machen müssen. Aber sie wird daran nicht sterben, sondern erstarben. Daran mitzuhelfen ist Ehrenpflicht jedes klassenbewußten Proletariats.

Prügel-Zehnfucht.

Der Geh. Kriegsgerichtsrat Dr. Komen, der einst als Staatsanwalt jeden Sozialdemokraten für fähig erklärt hat, im Parteinteresse einen Meineid zu schwören, hat ein neues Feld für seinen Betätigungsfeld gefunden. Er ist unter die Vorkämpfer für die Wiedereinführung der Prügelstrafe gegangen. Im Scherischen „Tag“ stellt er den Grundgedanken auf: „Wer sich wie eine Bestie benimmt, der muß wie eine Bestie behandelt werden“ und fährt dann fort:

„Und wenn von den Gegnern der Prügelstrafe angeführt wird, daß die kulturellen Voraussetzungen dieses Strafmittels gefallen seien, daß die Wiedereinführung der Prügelstrafe eine Rückkehr zu barbarischen Zuständen bedeute, so sind das schön klingende Worte, die manchen bestechen mögen. Aber gegenüber der Tatsache, daß sich trotz der zunehmenden Kultur die Rohheitsdelikte in erschreckender Weise mehren, ist ihnen doch eine durchschlagende Bedeutung nicht beizulegen.“

Duellschießereien, die oft damit enden, daß der Schuldlose getötet wird, rechnet der Geh. Kriegsgerichtsrat natürlich nicht zu den Rohheitsdelikten, die mit Prügel gehandelt werden müssen.

Zur Präsidentenfrage.

Aber die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in der Präsidentenfrage werden in bürgerlichen Blättern noch immer ganz irreführende Darstellungen verbreitet. Wir legen in unserer heutigen Nummer ausführlich die Stellung der Fraktion in allen Phasen der Verhandlungen dar und möchten nur nochmals darauf verweisen, daß entgegen allen anderen Falschmeldungen die Fraktion die Übernahmen anderer Verpflichtungen als solcher, die sich aus der Geschäftsordnung ergeben, ablehnt hat.

Ein Stelldichein der Durchgefallenen.

Die Antisemitische hielten am 18. Februar in Cassel eine Art Heerschau ab. Redner sind die Durchgefallenen: Laßmann, Raab und Henningens. Sie reden über den verflochtenen Wahlkampf, über die Arbeit im Reichstage und über den kommenden Wahlkampf. Sie nennen diese Tagung eine erweiterte Gesamtvorstandssitzung und kleiden die Einladung in die Form:

„Bei der Wichtigkeit der vorstehenden Tagesordnung bitten wir nicht nur alle Wahlkreis-, Ortsgruppenvorsitzenden, Vertrauensmänner und alle Kandidaten, sowie unsere Abgeordneten aus dem Reichstage, aus Landtagen und aus Gemeindevorstellungen, sondern alle eifrigen Mitstreiter zu erscheinen.“

Damit ward also die ganze antisemitische Partei zu einer — Vorstandssitzung eingeladen.

Alldeutscher Protest gegen v. Räderlen-Wächter.

Staatssekretär v. Räderlen-Wächter hatte am Sonntag im Reichstage in aller Form bestritten, daß er den Alldeutschen, insbesondere deren Vertrauensmann Dr. Claß, irgendwelche Hoffnungen auf Gebietserwerbungen in Marokko gemacht habe. Der geschäftsführende Ausschuß des alldeutschen Verbandes gibt nun in der alldeutschen Presse eine Erklärung ab, die den Staatssekretär direkt der Unwahrheit bezichtigt. Die Erklärung stellt fest:

„Die Unterredung zwischen dem Staatssekretär und dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes hat nicht wenige Tage vor Agadir stattgefunden, sondern am 19. April 1911. Am 1. Juli folgte eine Unterredung zwischen Rechtsanwält Claß und dem Unterstaatssekretär Dr. Zimmermann, da Herr v. Räderlen-Wächter auf Urlaub gegangen war. Eine weitere Unterredung zwischen Herrn Claß und dem Staatssekretär hat nicht stattgefunden, also auch nicht eine solche im September v. J., von der Herr v. Räderlen-Wächter im Reichstage gesprochen hat. Nach dem 1. Juli ist keine Unterredung zwischen dem Rechtsanwält Claß und dem Auswärtigen Amte mehr gewesen. Gegenüber den sachlichen Ausführungen des Staatssekretärs erklärt der geschäftsführende Ausschuß, daß sie in den entscheidenden Punkten den Tatsachen nicht entsprechen.“

Wilhelm II. hat keine Zeit.

Das Reichstagsbureau erläßt folgende Mitteilung:

Der Präsident des Reichstags, Dr. Kaempf (Kaempf ist gestern aus Anlaß seines 70. Geburtstages zum Ehren doktor der Berliner Universität ernannt worden), hat Sr. Majestät dem Kaiser die geschäftsordnungsmäßige Anzeige von der Konstituierung des Reichstages erstattet. Gleichzeitig hat der Präsident beim Oberhofmarschallamt angefragt, ob und wann Sr. Majestät ihn und den Vizepräsidenten Geheimrat Dove empfangen wolle. Darauf hat der Oberhof- und Hausmarschall Erzellenz Graf Eulenburg geantwortet, daß Sr. Majestät für die Absicht der persönlichen Vorstellung bestens danken lasse, aber verhindert sei, die Herren zu empfangen.“

Überträgt man diese Antwort des Grafen Eulenburg im reinen Deutsch, dann bedeutet sie: S. M. lehnt es ab, die beiden Präsidenten zu empfangen. Er will also selbst mit den liberalen Präsidenten nichts zu tun haben. Diese Antwort schafft eine völlige Klärung in der Frage der höflichen „Verpflichtungen“ der Reichstagspräsidenten. So mußte es kommen!

Die Stipendiaten der Scharfmacher.

Die vom Hanjabund abgesplitterten Scharfmacher haben bekanntlich einen eigenen Wahlfonds gegründet, über dessen Verwendung nunmehr den Spendern Rechnung gelegt worden ist. Der der bürgerlichen Presse zugestellte Bericht gibt natürlich über die Zahlen keinerlei Aufschluß, bemerkt aber, daß die Kandidaten aller bürgerlichen Parteien, die sich zu den Grundfragen der Scharfmacher bekannt haben, unterstützt worden sind. Das „Berliner Tageblatt“ bezweifelt, daß ein fortschrittlicher Kandidat sich zu diesen Grundfragen bekannt haben könne, und wenn sich die Scharfmacher nicht den Vorwurf zuschieben wollen, daß sie die Öffentlichkeit irregeführt haben, dann werden sie wohl oder übel mit den Namen der Stipendiaten herausrücken müssen.

Ein Chamäleon.

Im Wahlkreise Dielethofen wurde in der Stichwahl der Abg. Winda mit sozialdemokratischer und linksliberaler Hilfe gegen den Zentrumsmann gewählt. Jetzt hat er sich als sogenannter unabhängiger Kohringer mit seinen elstirischen Kumpanen der Zentrumsfraktion angeschlossen, angeblich, um nicht völlig von den Kommissionen ausgeschaltet zu sein. Mit Hilfe von links hat er sich gegen das Zentrum wählen lassen, um jetzt Kostgänger desselben Zentrums zu werden. Auch ein Beweis von politischer Unmoral!

Wie das Wahlgeheimnis geschützt wird.

Nach einer Meldung aus Breslau sind 91 Mitglieder des Kriegervereins Hohenlohehütte, die bei der letzten Reichstagswahl zwischen dem Sozialdemokraten und Polen für den letzteren gestimmt haben, durch Vorstandsbeschluss ausgeschlossen worden, da sie hiermit gegen die Satzungen der Kriegervereine verstoßen haben die weder die Wahl eines Sozialdemokraten noch die eines Polen gestatten.

Da die Reichstagswahlen geheim sind, müssen also die 91 Mitglieder durch ein hochnotpeinliches Verfahren gezwungen worden sein, anzugeben, wie sie gewählt haben. Und das nennt man dann stolz ein geheimes Wahlrecht!

Rebellion im Wahlkreise des Dr. Junk.

Der Arbeitsausschuß rechtsstehender Wähler in Leipzig, der bei der Hauptwahl für den Konservativen Wangermann eingetreten ist und dann in der Stichwahl für den Nationalliberalen Junk eintrat, erläßt jetzt folgende Erklärung:

„Der Arbeitsausschuß rechtsstehender Wähler in Leipzig beauftragte sich in seiner letzten Sitzung mit der Haltung Dr. Junk im Reichstag. Nach eingehender Besprechung wurde folgende Entschliessung einstimmig angenommen:

Wer Bebel in der Stichwahl für das Präsidium die Stimme gab und wer einen Scheidemann wählte, hat den Charakter eines nationalliberalen Politikers und auch das Recht verloren, als Vertreter des nationalen Bürgerturns angesehen zu werden. Als solcher ist aber Dr. Junk gewählt worden, der, nach seiner politischen Vergangenheit zu urteilen, sicher beide Male die Sozialdemokratie unterstützt hat. Zum mindesten hat der Leipziger Abgeordnete bisher solchen Meinungen nicht widersprochen, bei den Erörterungen die Haltung seiner Fraktion sogar verteidigt. Der Ausschuß rechtsstehender Wähler in Leipzig erachtet in dieser Haltung einen neuen Beweis dafür, daß der jetzige Abg. Junk national nicht zuverlässig

ist. Der Arbeitsausschuß erwartet daher, daß Dr. Junk, der das Vertrauen der Wähler getäuscht hat, die Folgerung aus diesem Verhalten zieht.“

Junk wird sich hüten, sein Mandat niederzulegen, wie seine antisemitisch mittelständlerischen Wahlhelfer möchten.

Nationalliberale „Einmütigkeit“.

Von parlamentarischer Seite (Abg. Schiffer?) wird der „Post“ zu dem Vertrauensvotum, das die nationalliberale Reichstagsfraktion dem Abg. Wasser mann erteilte, geschrieben, diese Nachricht „hat die allergrößte Überraschung bei Mitgliedern der nationalliberalen Reichstagsfraktion hervorgerufen, die doch unbedingt an einer solchen einmütigen Vertrauenskundgebung hätten beteiligt oder von der Absicht, dem Fraktionsführer das Vertrauen der geschlossenen Fraktion zu votieren, hätten unterrichtet sein müssen. Nationalliberale Reichstagsabgeordnete, die bereits im letzten Reichstage gesehen haben, ist aber von einer Fraktionsitzung, in der Herr Wasser mann das Vertrauen der gesamten Fraktion ausgesprochen worden ist, erst durch die Mitteilung des offiziellen Parteiblatts etwas bekannt geworden.“

Bodmannismus in Sachsen.

Seit der badische Minister v. Bodmann die Sozialdemokratie als eine großartige Bewegung zur Hebung des vierten Standes bezeichnet hat, haben die Reaktionsäre den Begriff: „Bodmannismus“ geprägt. Unter diesem Begriff, der einen stark denunziatorischen Beigeschmack hat, bringt man jede Äußerung eines Ministers, die auch nur entfernt so gedeutet werden könnte, als wolle sie der Sozialdemokratie Gerechtigkeit widerfahren lassen. In dieser Form der Denunziation hat es insbesondere die „Deutsche Tageszeitung“ zu einer wahren Virtuosität gebracht. Die neueste dieser Denunziationen geht dahin:

„Nicht nur, daß sich die Minister bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit beeilen, der Sozialdemokratie gewisse Schmeicheleien zu sagen, — der Kultusminister z. B. hält es für angebracht, bei einer ganz geringfügigen Debatte über den Rückgang des Besuchs der Gemäldegalerie hervorzuheben, der sozialdemokratische Redner sei der einzige im Hause gewesen, der den richtigen Grund des Rückganges der Besucherzahl „herausgeföhlt“ habe, während die Redner der übrigen Parteien sämtlich „sehlgegangen“ seien, und der Minister des Innern glaubt bei einer Rede eines sozialdemokratischen Tischlermeisters versichern zu müssen, ihm habe diese Rede einen „ästhetischen Genuß“ bereitet, — auch in der Sache selbst machen die Regierungsvertreter oft unverständliche Zugeständnisse, so beispielsweise in einer Kommissionsitzung, wo es sich um die Anstellung von Arbeiterassistenten bei den Gewerbeinspektionen handelte. Sachsen will in Zukunft dem Beispiel der süddeutschen Staaten folgen und den Fabrikinspektoren Assistenten beigegeben, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind. Allerdings soll sich dabei nur um einen Versuch handeln, von dem es abhängen soll, ob man solche Arbeiterassistenten weiter einführen will. Ganz naturgemäß kam es hier zu einer Debatte, in deren Verlauf die bürgerlichen Abgeordneten verlangten, die Arbeiterassistenten sollten nicht aus den organisierten, d. h. den sozialdemokratisch organisierten Arbeitern entnommen werden. Diese Bemerkung veranlaßte ein sozialdemokratisches Mitglied der Kommission zu der Äußerung, seiner Meinung nach brauche sich die Regierung nicht zu genieren, auch mit organisierten Arbeitern Versuche zu machen, — eine Äußerung, die naturgemäß besonders auf der rechten Seite scharfen Widerspruch hervorrief. Was tat hierbei aber die Regierung? Sie beeilte sich zu erklären, die Regierung sei paritätisch, sie stehe über den Parteien, sie werde bei der Anstellung der Arbeiterassistenten nicht nach dem politischen Glaubensbekenntnisse fragen, sondern die Anstellung ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung vornehmen.“

Der Erguß schließt dann:

„Eine Regierung, die so paritätisch ist, daß sie auch die geschworenen Feinde der Staatsform zu Beamten macht, kann sich über die ungeheure Ausbreitung der Sozialdemokratie nicht wundern. Ein Wunder, daß in Sachsen nicht noch mehr rote Wähler vorhanden sind!“

Soll Sachsen nicht bald auch noch der Charakter eines hürgerlichen Staates abgesprochen werden, dann muß mindestens der Knoten-Dertel als Ministerpräsident nach Sachsen berufen werden, seinem Heimatlande, in dem man ihn als Reichstagsabgeordneten nicht mehr haben wollte.

Osterreich-Ungarn.

Graf Lehrenthal, Minister des Auswärtigen, ist gestorben. Kurz vor seinem Ableben wurde er infolge Krankheit von seinem Posten enthoben. Sein Nachfolger ist Graf Leopold von Berchtold, früher Botschafter in Petersburg.

Türkei.

Nach deutsch-russischem Minister. Der frühere griechische Deputierte Kasimides in Konstantinopel ist wegen eines in seiner Zeitung erschienenen Artikels des englischen Parlamentarier Dillon über die Türkei zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Italien.

Ein Hägliche Eingeständnis. Der militärische Spaziergang nach Nordafrika, dessen Ruhm die Kolonialenthusiasten schon vorweggenommen hatten, erweist sich immer mehr als eine ausgedehnte und nicht sehr amüsante Unternehmung. Alle Kenner der afrikanischen Verhältnisse waren sich von Anfang an darüber klar, daß in absehbarer Zeit nicht auf größeren Erfolg zu rechnen ist. Diese Auffassung wird bestätigt durch die Erklärungen, die der kommandierende General der Eroberungsarmee, Canova, bei seinem jüngst erfolgten Besuche in der Heimat der Regierung abgegeben hat, und die in der Mailänder „Perseveranza“ wohl weniger zur Freude der unternehmungslustigen Minister als zur Ernüchterung der vom Kriegstaukel fanatisierten Volksmasse, veröffentlicht sind. Danach hat Canova in einer Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Giolitti, den speziell beteiligten Ministern und dem Chef des Generalstabs, die seine Taktik allzu zögernd fanden, die kolossalen Schwierigkeiten seiner

Aufgabe dargelegt. Auf die Frage: „Sind Sie in der Lage, mit den jetzt zur Verfügung stehenden Mitteln und allen weiteren, die die Regierung ohne Zögern gewähren würde, den unzweifelhaften und endgültigen Sieg zu garantieren, dessen Italien bedarf, um der Türkei einen bedingungslosen Frieden aufzuerlegen?“ antwortete er mit einem glatten „Nein!“ Darauf habe er die Bedenken, die gegen jedes Eindringen ins Innere sprechen, dargelegt und geschloffen: „Den Sieg, den die Nation haben muß, um der Türkei den Frieden aufzuerlegen, kann ich ihr nicht geben. Alles, was ich versprechen kann, ist die langsame und stückweise Eroberung des ganzen Gebiets von Tripolis und Cyrenaica. Wenn Sie einen glänzenden Erfolg brauchen, müssen Sie ihn anderswo suchen als in Libyen. Denn in einem Kriege von wesentlich kolonialen Charakter, wie er mir anvertraut ist, könnte keine Armee einen glänzenden Erfolg erzielen — weder in Augenblick, noch in Monaten, noch in einem Jahre: Niemals! Für die glühendsten Patrioten: die Armeelieferanten, die an der Not der elend bedienten Afrikakämpfer glänzende Profite machen, wird diese Erklärung eine Wonne sein. Können sie nun doch hoffen, recht lange noch ihr verdienstvolles vaterländisches Gewerbe zu betreiben. Bei ehelichen Vaterlandsfreunden wird sie zur Ernüchterung beitragen und auch manchem das durch Kriegsanatismus eingeschlaferte Gewissen wecken helfen.“

Portugal.

Kolonialfreuden. Seit geraumer Zeit herrscht in dem portugiesischen Teil der Insel Timor (vor der Nordküste Australiens) Aufstand. Nach einem Bericht der Lissaboner Zeitung „Kapital“ sieht es sehr schlimm aus. Die Hauptstadt Dilly befindet sich im Belagerungszustande. Die Eingeborenen, namentlich die Kameastämme, griffen die Stadt an. Da die Besatzung der Stadt zu klein ist, drängen die Aufständischen in das Innere der Stadt. Dann begannen sie zu plündern und zu mordeten, wobei sie ihr Hauptaugenmerk auf Wertachen und Lebensmittel richteten. Was sie nicht wegtragen konnten, zerstörten sie. In zahlreichen Faktoreien wurden vor allem die Maschinen zertrümmert und die Gebäude in Brand gesteckt. Leutnant Silva und Major Inglez wurden auf der Straße getötet. Ihnen und mehreren Soldaten wurden die Köpfe abgeschlagen und auf Pfähle gesteckt. Weiber wurden weggeschleppt und als Geiseln festgehalten. Zurzeit haben sich die Eingeborenen in die Nähe des Laco- und Mamatutedistrikts mit ihrer Kriegsbeute zurückgezogen. Vor dem Abzug griffen sie die Regierungsgebäude an, plünderten sie und nahmen 50 Remingtongewehre und 5000 Patronen, ferner ein leichtes Feldgeschütz mit sich. Dann brannten sie die Gebäude nieder. Der Eingeborenenkönig Bonaventura versucht den Aufstand auf der ganzen Insel zu organisieren. Die Regierung entsandte 300 Mann Truppen an Bord des Kreuzers „Patria“, aber die Zahl erscheint unzureichend. Die Mitteilung interessiert insofern, als Portugiesisch-Timor zu den „Kompensationen“ gehört, die in letzter Zeit von der englischen Presse Deutschland in Aussicht gestellt wurden, falls England die Delagoabay und Mozambique in Besitz nehmen würde. Es wurde dabei viel von dem Wert der Insel und ihrer Wichtigkeit gerade für Deutschland erzählt, das so im Sunda-Archipel festen Fuß fassen könnte. In der Tat wäre diese „Kolonie“, die erst erobert werden müßte, auch vom imperialistischen Standpunkt aus eine nette Beschercung.

China.

Die Republik scheint sich noch nicht im ganzen Lande eingebürgert zu haben. Hier und da machen die Reaktionsäre Schwierigkeiten, und so kommt es denn zum Kampfe. Um die Stadt Teliul mußte 27 Stunden lang gekämpft werden, ehe die Revolutionäre sie besetzen konnten. In der Nähe von Schiaho bei Kuldehe fand ein heftiger Kampf statt. Die Revolutionäre verloren 200, die jogen. Regierungstruppen 400 Mann. Steger blieben die Revolutionäre. — In der Charbin benachbarten chinesischen Stadt Tudsadjan drangen 600 bewaffnete Revolutionäre in das Regierungsgebäude ein und erklärten, die Behörden seien vom Volke zu wählen. Sie verhafteten den Bezirksamte und verlangten die Auslieferung der Kasse, Dokumente und aller Akten. Wache und Polizeitruppen, gegen 600 Mann, leisteten Widerstand. Der in Charbin wohnende Taotai sucht mit den Revolutionären zu verhandeln, um Unruhen zu verhindern, die durch die Freilassung der Sträflinge entstehen könnten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 19. Februar.

Achtung, Müller, und Mühlenarbeiter! Wegen Maßregelung eines Kollegen haben 20 Müller und Mühlenarbeiter der Grünwühle G. und J. Brüggen, Hafenstraße, die Arbeit eingestellt. Zutritt ist streng fernzuhalten. Das Streikbureau der Mühlenarbeiter befindet sich im Gewerkschaftshaus, und ist von 9 bis 7 Uhr geöffnet.

Das hat noch gefehlt! Unter gefälliger Mitwirkung zweier Senatoren, der Herren Dr. Neumann und Bösche, ist nunmehr auch in Lübeck eine Ortsgruppe des sogenannten „Deutschen Behwvereins“ gegründet worden. Wie der deutsche Flottenverein für uferlose Flottenpolitik eintritt und dadurch die Schraube ohne Ende drehen hilft, so will der „Behwverein“ das gleiche auf dem Gebiete des Heereswesens tun. Daß der Rüstungswahnsturm den Frieden erschüttert, geniert die Leute nicht. Und schließlich hat ja das Volk die Beche zu zahlen.

Das Staatshandbuch der freien und Hansestadt Lübeck für 1912 ist soeben erschienen. Das interessante im Auftrage des Senates von der Senatskanzlei bearbeitete Buch enthält authentische Angaben über alle Behörden Lübecks, über Senat und Bürgerchaft und alle möglichen Dinge, die in unserem Staatswesen von öffentlichem Interesse sind; es dürfte deshalb weitester Verbreitung sicher sein.

h. Museumsvorträge. In seinem zweiten Vortrage behandelte Herr Professor von Lütgenborff den Holzschnitt. Während beim Kupferstich die Zeichnung in die Platte ge-

graben wird, trägt man beim Holzschnitt die Zeichnung mit einer Feder oder einem Bleistift auf die Holzplatte. Der Holzschnittdrucker schneidet dann alles weg, bis die Zeichnung erhaben übrig bleibt und zum Druck verwendet werden kann. Wenn zum erstenmal ein Holzschnitt ausgeführt wurde, kann man unmöglich angeben. Schon im Altertum finden wir aus Holzplatten hergestellte Stempel, mit welchen die Bildhauer und Dichter ihre Werke verfaßten. Dieses sind die Vorgänger des Holzschnittes, und es war nur noch ein Schritt nötig, denselben aufs Papier zu tragen, was wir bei den sog. Briefmarken finden, die das Bedürfnis an Heiligen-Bildern befriedigen mußten. Sie fertigten manche Zeichnungen an, die schon künstlerisches Denken erkennen ließen. Ein weiterer Schritt vorwärts war die Herstellung einer Sammlung von Heiligen-Bildern, die mit Text versehen und zusammengeschichtet wurden, um als Blockbücher verkauft zu werden. Auch diese sind noch alle Verläufer des Holzschnittes und erst mit der Erfindung der Buchdrucker-Kunst ging es aufwärts, denn für die Bücher waren Illustrationen nötig. Hierzu verwendete man wegen der Billigkeit des Materials den Holzschnitt. Die ältesten Holzschnitte, die wir kennen, stammen aus Ulm, Augsburg und Nürnberg. Besonders war es Michael Wohlgemut, der den Holzschnitt zu einer Kunstgattung gemacht hat, die dem Kupferstich des 16. Jahrhunderts ebenbürtig zur Seite gestellt werden kann. Der größte und innvollste Meister ist Albrecht Dürer, der aus dem Holzschnitt das machte, was eben von einer Holzplatte verlangt werden konnte. Alle späteren Meister waren sozusagen seine Schüler, denn sie wandten den Holzschnitt in derselben Weise wie Albrecht Dürer an. Unter diesen sind am bedeutendsten Hans Baldung, Burchard und Holbein. Letzterer kann als der größte Bildniszeichner genannt werden, der je gelebt hat. Während im ganzen 16. Jahrhundert der Holzschnitt auf bedeutender künstlerischer Höhe gestanden hatte, ging es im 17. Jahrhundert bergab. Schuld daran waren die Kriegswirren und die Ausbreitung des Kupferdrucks. Im 18. Jahrhundert trat der gänzliche Verfall des Holzschnittes ein. Am Anfang des 19. Jahrhunderts wurden Holzschnitte überhaupt nicht hergestellt bis der Kalendermacher Volkß denselben wieder anwandte. Der bedeutendste Holzschnittdrucker nach ihm war Richter, dessen Stimmungsbilder großen Anklang gefunden haben. Mit dem Aufkommen der Photographie ging die Anwendung des Holzschnittes bedeutend zurück. Zahlreiche Lichtbilder, in denen die bedeutendsten Holzschnitte dargestellt wurden, erläuterten den Inhalt des Vortrages.

Jahresbericht der Zahlstelle Lübeck des Zentralverbandes der Töpfer für das Jahr 1911. Das vergangene Geschäftsjahr ist für unsere Zahlstelle kein gutes. Das ist nicht nur auf die Konkurrenz der Zentralheizungen und erkennender Ofen zurückzuführen, sondern die wirtschaftlichen Verhältnisse spielen auch hier eine große Rolle. Haben wir doch 1214 Arbeitslosentage zu verzeichnen; dieselben verteilen sich auf 20 arbeitslose Kossagen. Das macht auf jeden Arbeitstagenenden 60 Arbeitslosentage. Versammlungen wurden 23 abgehalten, die ziemlich gut besucht waren. Die Zentralkasse hatte eine Einnahme von 179,45 Mk. zu verzeichnen, hiervon blieben 15 Proz. am Orte. An den Hauptvorstand wurden abgegeben 780,00 Mk. Reiseunterstützung wurde ausbezahlt an 68 Mitglieder 179,40 Mk., Krankenunterstützung an 11 Mitglieder 163,25 Mk., Arbeitslosenunterstützung an 11 Mitglieder 170,80 Mk. Als Kassenbestand für das nächste Jahr verblieben 265,46 Mark, die ganze Einnahme der Lokalkasse betrug 952,03 Mk. Ausbezahlt wurden an Arbeitslosenunterstützung 585 Mk., als Weihnachtsgeschenk für arbeitslose Kollegen 67,50 Mk. Dem Wahlfonds wurden 18,70 Mk. zugeführt. In einer Versammlung wurde der streikenden Tapezierer gedacht und denselben 20 Mk. bewilligt. Ferner wurde einem kranken Kollegen zweimal ein Geschenk von 30 Mk. überwiesen. Zu Anfang des Jahres standen wir in einer Lohnbewegung und hatten wir die Forderung gestellt: 10 Proz. Aufschlag und Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag. Am 1. April fand die Lohnbewegung ihren Abschluß und erzielten wir eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag im Sommerhalbjahr und auf Afford 5 Proz. Aufschlag; der Stundenlohn von 64 und 68 Pf. wurde auf einen einheitlichen Stundenlohn von 70 Pf. pro Stunde modifiziert. Aus allem diesem ist zu ersehen, daß wir trotz der schlechten Konjunktur etwas geleistet haben, und daß die Filiale allen Anforderungen, die an sie herantreten, gewachsen ist.

Kinderleschalle. Wir werden um Aufnahme folgender Zeiten ersucht: Die am 1. November vorigen Jahres im alten Bahnhofgebäude eingerichtete Kinderleschalle hat sich schnell eingebürgert und hat sich als segensreiche und notwendige Einrichtung bewährt. Sie wird verwaltet von einem Ausschuss, dem von Freunden der Sache die zur Einrichtung und ersten Unterhaltung erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt sind. Um auch die weitere Fortführung der Einrichtung sicher zu stellen, plant der Ausschuss die Veranstaltung einer Aufführung zum Besten der Kinderleschalle. Die Aufführung soll am Sonnabend, dem 16. März, nachmittags 6 Uhr, im Kolosseum stattfinden. Zur Aufführung gelangen eine Kinderoper, sowie ein Lübecker Straßenbild, das einen hiesigen Herrn zum Verfasser hat und bei dieser Gelegenheit seine Uraufführung erleben wird. Mitwirkende sind Damen, Herren und Kinder, die sich in großer Zahl in den Dienst der guten Sache gestellt haben. Eintrittskarten zum Preise von 2 Mk. und 1 Mk. werden vom 23. Februar bei H. W. Raibel, Musikalienhandlung, Breite Straße, erhältlich sein.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Dienstag, erscheint Richard Wagners Oper „Lohengrin“ mit dem Kammeränger Penarant vom Hamburger Stadttheater als Gast in der Titelrolle, bei gewöhnlichen Opernpreisen nochmals auf dem Spielplan. — Für Mittwoch ist bei kleinen Breisen Offenbachs Operette „Dreizehn in der Unterwelt“ eingesetzt.

Mensfeld. Gemeinderatsitzung. Es lag vor ein Bebauungsplan des Hofbeherrschers Wilkens-Cleve, Bebauungsterrain neben Glevabrück. Beigelegt waren die Bedingungen. Nachdem der Gemeinderat für nötig ausgesprochen hatte, die Kanallation mit zur Bedingung zu stellen, wurde der Plan genehmigt und liegt dieser nebst Bedingungen 14 Tage beim Gemeindevorsteher zur Entgegennahme etwaiger Einwendungen zu jedermanns Einsicht aus. Sodann genehmigte der Gemeinderat den Antrag unserer Genossen, die nicht zur Einkommensteuer Veranlagten zu einer Jahressteuer von 1 Mk. an die Gemeindefasse zu verpflichten, soweit der Schätzungsausschuss sie nicht als dürftig freigelassen hat. (Siehe Gem.-O. Nr. 47 c, Par. 1, Abs. 4.) Somit ist einer Zahl Arbeitern, die mit großer Kinderzahl gesegnet sind, das Gemeindevahlrecht erhalten geblieben. Weiter wurde auf Antrag unserer Genossen ein Gesuch an die Regierung beschlossen, die auf unseren Markt gebrachte Milch und Butter zeitweise unterzuchen zu lassen. Eine Anregung unsererseits, für einen erkrankten Lehrer Urlaub zu beschaffen, wurde dahin vom Gemeindevorsteher beantwortet, daß der Kreisamtsinspektor schon benachrichtigt sei. Eine nicht angenehme Mitteilung war die, daß der Gemeinde für 1911 7425 Mk. aus der Staatskasse zugewiesen seien, gegen 8425 Mk. im Jahre 1910. Es sind dies rund 1100 Mk.

weniger als 1910. Nach dem Grunde soll die Regierung gefragt werden. Für 1912 stehen der Gemeinde nach dem neuen Schulgesetz (Par. 83) circa 12 000 Mk. in Aussicht. Ein gewaltiger Unterschied. — Von den Reklamationen auf Steuerermäßigung wurden nur 2 für begünstigt gehalten, da die Höhe der Gemeindefsteuer sich nach der staatlichen Einkommensteuer richtet, ist es falsch, wenn einige hiesige Steuerzahler die Staatssteuer freiwillig bezahlen und eine Ermäßigung der Gemeindefsteuer resp. Befreiung wollen. Unter den eingegangenen Rechnungen ist hervorzuheben, die Rechnung für Fußbodenöl der Schulklassen. Diese weist auf für Mensfeld 375 Pfund, für Gr.-Varin 121 Pfund, Klein-Varin-Bohnsdorf 24 Pfund und Horsdorf 21 Pfund per Jahr. Da viermal im Jahr geölt worden ist, kommt auf jede Klasse und jedesmal: in Groß-Varin 15, Mensfeld 11 1/4, Klein-Varin-Bohnsdorf 8 1/4, Horsdorf 5 1/4, Pfund. Es ist beschlossen für dieses Jahr das Öl direkt durch die Gemeinde von der Olfabrik in Hesse in ganzen Fässern zu beziehen.

Hamburg. Ein schwerer Straßenunfall ereignete sich am Sonnabend nachmittags an der Ecke der Belleallianestraße und der Gimsbühlstraße. Die Pferde eines zweispännigen Geschäftswagens gingen durch und rissen den Kutscher vom Bo. Zwei hinzuströmende Personen wurden ebenfalls umgerissen und mit dem Kutscher zusammen ein Stück Weges geschleift. Alle drei Personen erlitten Hautabschürfungen. Dann rannten die Pferde einen Milchwagen um und rissen darauf einen Grenzpfahl nieder. Sie gerieten auf das Trottoir und galoppierten in eine Gruppe Kinder. Ein 16 Jahre altes Kindermädchen, ein kleiner Knabe und ein kleines Mädchen wurden zu Boden gemorfen und überfahren. Der Knabe ist so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird; die beiden Mädchen sind ebenfalls schwer verletzt, doch besteht keine Lebensgefahr. Alle drei wurden ins Sppendorfer Krankenhaus gebracht. Die Pferde konnten von Passanten angehalten werden, ehe sie weiteres Unglück angerichtet hätten. — Ein schwerer Unfall ereignete sich Sonnabend bei der Luftschiffhalle zwischen Vorstel und Fuhrblütel. Ein zum Halten der Stellage der Dachdeckerböcke benutztes Tau riß und drei beim Befestigen von Arbeitplatten beschäftigte Arbeiter stürzten aus einer Höhe von 25 Metern herab. Alle drei erlitten schwere äußere und innere Verletzungen. Der Arbeiter Apfisch mehrere Stunden später im Krankenhaus gestorben, während seine beiden Kollegen Wiesemann und Müller vermutlich mit dem Leben davonkommen werden. Eine Untersuchung ist in die Wege geleitet worden.

Kiel. Ein kaltgestellter Verleumder. Als die Reichsversicherungsordnung dem Reichstage zur Beratung vorlag, wurde von bürgerlicher Seite, besonders in der vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gespeisten Presse, eine maßlose Heiße gegen die Ortskrankenkassen inszeniert. In dieser Heiße beteiligte sich auch ganz hervorragend die „Nationale Arbeiter-Zeitung“, das Organ des nationalen Arbeitervereins in Kiel. Am 1. Februar 1911 brachte dieses Blatt unter der Überschrift „Ein Zukunftsstaat im Kleinen oder die Ortskrankenkassen in Kiel“ einen Artikel über die Verwaltung der Ortskrankenkasse in Kiel, der von Unwahrheiten strotzte. So wurde behauptet, im Jahre 1910 seien dem Vorstandsmittglie „Genossen“ Rüter 24 000 Mk. zu Privatziwecken überlassen worden, ohne daß dabei die Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes gewahrt worden seien. Die „Nationale Arbeiter-Zeitung“ versprach dann, die Angelegenheit weiter verfolgen zu wollen, weil sie nicht gewillt sei, 20 bis 30 rote Agitatoren auf Kosten der Krankenkasse durchzuführen zu lassen. Weiter wurden die Geschäftsleute gewarnt, auf Anfragen der Ortskrankenkasse unter dem jetzigen Vorstände Breise einzureichen, da diese nur dazu benutzt würden, um den „Genossen“ um so sicherer die Geschäfte zuzuschleichen. Zum Beweise für diese Behauptung wurde ein Vorfall angeführt, wo dem Konsumverein eine Kotslieferung übertragen wurde. Der Hauswart der Ortskrankenkasse soll sich nun auf unredliche Weise Kenntnis von den Breisen, die andere Firmen eingereicht hatten, verschafft und sie telephonisch dem Konsumverein mitgeteilt haben, damit dieser seine Preise danach einrichten konnte. Dem Geschäftsführer der Ortskrankenkasse, Romacker, wurde nachgesagt, er habe im Geschäftsgebäude der Kasse ein raffiniertes Fernsprechsystem eingeführt, um die Gespräche der Angestellten kontrollieren zu können. „Ausbeuter und Blutsauger“-System nennt er es. Auch der Kassenarzt nimmt sich die „Nationale Arbeiter-Zeitung“ in liebevoller Weise an. Sie sagt, die Kassenärzte würden so sehr abgehetzt, weil die Kranken heutzutage so anspruchsvoll sind. Die Kieler Ortskrankenkasse soll schon seit Jahren den traurigen Ruhm haben, daß sie die geringste Entlohnung, nämlich 1,40 Mk. pro Krankheitsfall, gewährt. Dieser niedrige Satz würde aber auch noch eingeschränkt. Zum Schluß des langen Artikels wird dann behauptet, daß 5 Kassenbeamte wegen ihrer nationalen Gesinnung von ihrem Posten entfernt worden seien. Weren sei gekündigt und einer sei veretzt worden, um ihn so zu zwingen, selbst seine Kündigung einzureichen. Diese Behauptungen spielten seinerzeit auch in der Reichstagskommission zur Beratung der Reichsversicherungsordnung eine Rolle. Der konservative Reichstagsabgeordnete Pauli benutzte sie als „Material“, um damit die „sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Ortskrankenkassen“ zu beweisen. Als er dann vom Vorstand der Ortskrankenkasse Kiel aufgefordert wurde, seinen Gewährsmann zu nennen, der ihm dies unwahre Material zugestellt hatte, weigerte er sich, das zu tun. Der Geschäftsführer Romacker und das Vorstandsmittglie Rüter erstatteten nun gegen den verantwortlichen Redakteur der „Nat. Arb.-Ztg.“, E. Berger, der auch der Verfasser des Artikels ist, Anzeige, aber die Staatsanwaltschaft fand heraus, daß kein öffentliches Interesse zur Erhebung der Klage vorliege. So mußten beide den Privatklageweg beschreiten. Am Freitag wurde die Sache vor dem Schöffengericht in Kiel verhandelt. Da entpuppte sich denn der ganze Artikel als ein niederträchtiger Schwindel der „Nationalen Arbeiter-Zeitung“. Nicht einen Schatten des Beweises konnte der Angeklagte für seine Behauptungen erbringen. Bei der Vergebung der 24 000 Mark an Rüter ist vollständig geschnitten vorgegangen. Das Geld ist auf mündelichere Hypothek gegeben. Rüter wurde als „Genosse“ bezeichnet, obwohl er Bauunternehmer und als Scharfmacher bekannt ist. Die Kotslieferung wurde dem Konsumverein übertragen, weil dieser billiger liefern konnte als andere Lieferanten. Hätte man den Konsumverein nicht berücksichtigt, sondern eine teurere Offerte, dann hätte der Schreiber in der „Nationalen Arbeiterzeitung“ von „Verschleuderung der Kassen-gelder“ gesprochen. Das „Ausbeuter- und Blutsauger“-System in Gestalt des Fernsprechsystems bestand darin, daß die Kasse sich ein der Neuzeit entsprechendes Fernsprechsystem anlegen ließ, das einen bequemeren Telefonverkehr ermöglicht und in fast allen Betrieben schon eingeführt ist. Von einer Kontrolle der Gespräche der Angestellten kann gar keine Rede sein. Den fünf Beamten ist nicht wegen ihrer nationalen Gesinnung gekündigt, sondern weil sie im Verdacht standen, das Material zur Heiße gegen die Kasse geliefert zu haben. Sogar das Gericht war der Meinung, daß die Kündigung nicht wegen der nationalen Gesinnung erfolgt sei und es lehnte die Beweisanträge des Angeklagten nach dieser Richtung hin ab. Der Vorsitzende bemerkte noch, man könne es dem Vorstände nicht verdenken, wenn er Angeklagten, die in solcher Weise gegen den Vorstand vorgehen, kündige. Der Angeklagte Berger wurde darauf zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Begründung hieß es: Es sei durchaus am Plage, den Zeitungen vieles nachzusehen. In diesem Falle wäre aber garnicht einzusehen, wieso dem Angeklagten der § 193 zu gebilligt werden solle. Der Artikel zeigt, daß es ihm nur darauf ankam, den Vorstand der Kasse zu beleidigen. Jeder Punkt sei für den Rassenvorstand beleidigend. Es müsse eine empfindliche Bestrafung eintreten. Den Beleidigten wurde auch die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. „Boccaccio“. Operette in 3 Akten von Suppé. Die Aufführung dieser wirklich lustigen, melodischen und musikalisch hervorragenden Operette wurde gefeiert vom Publikum mit besonderem Wohlgefallen aufgenommen. Mit Recht, denn alles vereinte sich zu einem prächtigen Ensemble, dem niemand seine Anerkennung versagen dürfte. Den Boccaccio sang Hr. Schreiber von der Schwestern-Oper mit sozialer Verbe, daß man diesem lebenswürdigen Schwerenöter auch dann gut sein mußte, wenn man „aus moralischen Gründen“ seine letzten Streiche nicht billigen könnte. Dazu kam, daß die geschätzte Künstlerin über sehr umfangreiche, volltönende stimmliche Mittel und ein hübsches darstellerisches Talent verfügt. Hr. Schreiber gastierte leider nicht auf Engagement. Die hiesigen Künstler wußten sich neben der vortrefflichen Kollegin aus Schwestern bestens zu behaupten. Die Herren von Schenk, Schorn und Pauly, sowie die Damen Reiche, Renner und v. Neundorff repräsentierten das komische Element mit vielem Humor und Geschick. Liebreich und Gesang, Spiel und Aussehen war Hr. Hansen als Piametta. Den „schönen“ Prinzen von Palermo gab Herr Kollwitz sehr drollig. Auch die übrigen kleineren Partien waren mit den Herren Hofmann, Langefeld und Baumgarten sehr gut besetzt. Chor und Orchester hielten sich wacker und waren mit Lust und Liebe, ebenso wie die Solisten, bei der Sache. Der lebenssprühenden Operette war Herr Kapellmeister Humann ein temperamentvoller Führer. Auch die Regie verdiente volles Lob. Das Publikum spendete andauernden Beifall.

In Vorhings komischer Musteroper „Far und Zim-mermann“ bewarb sich gestern nachmittags Herr May Fischer von der Wiener Volksoper um das durch den Fortgang des Herrn v. Schenk leider frei werdende Fach des Bassbuffos. Ein umfangreiches Organ, bemerkenswerte Darstellungsgabe und humorvoller Vortrag lassen den Sänger wohl für unsere Bühne in Betracht kommen. Die ausgezeichnete, fein nuancierte Wiedergabe seiner großen Auktionsarie trug Herrn Fischer reichen Beifall ein. Die Besetzung der übrigen Partien ist bekannt und gut. Das außerordentliche Haus spendete häufig bei offener Szene stürmischen Applaus. P. L.

Gewerkschaftsbewegung.

Aufruf zur Rohbewegung der Bergarbeiter. Der Vorstand des Bergarbeiter-Verbandes richtet an die Arbeiter Deutschlands folgenden Aufruf: Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets stehen in einer Bewegung zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Berechtigung dieser Bewegung wird von keinem sozial und gerecht denkenden Menschen bestritten werden können. Gerechtigkeit und soziales Denken waren aber bisher bei den Bergbauunternehmern nicht zu finden. Die Vergangenen hat dafür Beispiele genug. Es ist darum sehr wahrscheinlich, daß die Bergarbeiter, um ihre billigen Forderungen zur Geltung zu bringen, leider gezwungen sein werden, zum Kampfe auszuholen zu müssen. Nicht aus Lust zum Kampf machen die Bergarbeiter sich mit diesem Gedanken vertraut, sondern weil ihnen keine andere Möglichkeit bleibt, ihre billigen Forderungen durchzubringen. Jedenfalls rechnen auch die Unternehmer schon mit dem Ausbruch eines Kampfes. Es wird nämlich dem Bergarbeiterverband gemeldet, daß sich in verschiedenen Teilen Deutschlands Agenten aufhalten, um Arbeitskräfte fürs Ruhrgebiet anzuwerben. Diese Agenten geben an, die geworbenen Leute sollen zu Erdarbeiten verwendet werden. Glänzende Versprechungen bezüglich des Lohnes werden ihnen gemacht. Hat ein Agent einen Trupp Leute zusammengebracht, dann geht die Fahrt nach dem Ruhrgebiet. Untermegs verschwindet der Werbeagent und ein anderer übernimmt die weitere Begleitung des Transportes. In der Regel ist der neue Begleiter ein Grubenbeamter, der die Leute bis zur Grube bringt, wo die „Erdarbeit“ verrichtet werden soll. Von den gemachten Versprechungen wird nichts gehalten. Die Agenten sind den Grubenverwaltungen meistens „unbekannt“. Was diese gesagt haben, davon nimmt keine Verwaltung etwas an. Mittelloz und allen Launen preisgegeben, stehen die Leute da. Man denke sich nun den Ausbruch des Kampfes! Es wird dann von den Leuten verlangt, daß sie Streikbrecher werden. Wir können nur allen Arbeitern Deutschlands dringend raten, sämtliche Bergbau-reviere, vor allem aber das Ruhrgebiet, zu meiden. Man beachte das und übe Solidari-tät!

Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 17. Februar.
Bauern-Butter Pfd. 1,40—1,45 Mk., Meierei-Butter Pfd. 1,55—1,60, Hasen 3—3,50 Mk., Enten 4,00—4,50 Mk., Hühner 2,00—2,80 Mk., Küken Stück 2,00—2,80 Mk., Laufen Stück 0,60—0,70 Pf., Gänse Pfd. 0,65 Mk., Flügeln 2 Mk., Schinken Pfd. 0,85—0,95 Mk., Schweinestopf Pfd. 50—60 Pf., Wurst Pfd. 1,20—1,40, Eier Stück 12 Pf., Heringe 3 10 Pf., Dorsche wenig, Süßwasserfische genügt, Karpfen Pfd. 1,00 Mk., Geräuch. Lachs Pfd. 1,00—2,00 Mk., Schleie 1,40—1,60 Mk., Brachsen 50—70 Pf., Hechte Pfd. 60—80 Pf., Barsche Pfd. 60—70 Pf., Aal Pfd. 0,70—1,00 Mk., Karautschen Pfd. — Pf., Gemüse genügt, Blumenkohl d. Kopf 0,—0,—, Kohl 100 Pfd. — Mk., Gurken 100 Pfd. — Mk., Zwiebeln, hiesige Pfd. — Mk., Apfel verschiedene pr. 100 Pfd. — — Mk., Blaumen. pr. 100 Pfd. 50—70 Pf., Mand Pfd. — Pf.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: L. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Telephonisch
 können Inserate nur ausnahmsweise in ganz dringenden Fällen angenommen werden. Für die richtige Wiedergabe telephonisch aufgebener Inserate übernehmen wir keine Garantie und können event. Fehler nur auf Kosten der Inserenten berichtigen.
 Expedition des „Lübecker Volksboten“.

Der Frische in der Suppentraut-
 traffe soll leben noch 28 Jahre.
 Gesucht zu sofort für Oberhemde
 und Mangelwäsche
eine Blätterin
 für mehrere Tage der Woche.
 Hirs, Gärtnergasse 5 (Mühlentor).
Jugendliche Arbeiter
 für leichte Arbeiten in d. Schlosserei
 gesucht. H. Tang, Schützenstr. 56 a.

Zu sofort gesucht:
Geübte Arbeiterin
 für die Buchbinderei.
 Werner & Hörnig,
 Königstraße 47.

Polstermöbel, Gesellenkoffer, 3 fl.
 Petroleumkocher, ein Bettstelle m.
 Matratze, billig. Danjastr. 36 a.

Kleider-, Küchen-, Spiegel-, Kom-
 mode-, Bett-, Tisch-, Wäsch-, Mang-,
 Nappe-, Wapagei-, Nähmaschinenstr. 70, 1.
 Ein gutgeh. Sportwagen zu ver-
 kaufen
 Maidienstraße 67.

Ein guterhalt. Kinderwagen
 mit Gummi- und Metallreifen zu
 verkaufen.
 Meierstraße 4a.

Ein Kinderwagen auf Gummi
 billig zu verkaufen
 Meierstraße 24b, 1.

Zu verkaufen ein Schießautomat,
 ein Wäschekessel und weiße Flaschen
 Moissinger Allee 156.



**Vereinigte
 Butterhändler
 v. Lübeck u. Umg.**
Allerfeinste Meiereibutter
 kostet Pfd. 1.60 Mk.

Die Sozialdemokratie
 u. die Wahlen zum deutschen Reichstag
 ist jetzt erschienen und kann in unserer Buchhandlung
 abgeholt werden.
Preis 1 Mark.
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.



Man abonniert jederzeit auf das
 schönste und billigste
Familien-Witzblatt

Meggendorfer-Blätter

München 2 Zeitschrift für Humor und Kunst
 2 Vierteljährlich 13 Nummern nur M. 3.-

Abonnement bei allen Buchhandlungen und
 Postanstalten. Verlangen Sie eine Gratis-Probe-
 nummer vom Verlag, München, Theatinerstr. 47

Kein Besucher der Stadt München
 sollte es veräumen, die in den Räumen der Redaktion,
 Theatinerstraße 47 III befindliche, äußerst interessante Aus-
 stellung von Originalzeichnungen der Megendorfer-Blätter
 zu besichtigen.

Täglich geöffnet. Eintritt für jedermann frei!

Vom
Neuen-Welt-Kalender
 für 1912 sind noch einige Exemplare vorrätig.
 Zu beziehen durch die
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
 Johannisstraße 46.**

Zentralverband der Schmiede
Einladung zum 26. Stiftungs-Fest
 verbunden mit Ball
 am Sonnabend, dem 24. Februar 1912,
 im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
 Anfang 8 Uhr abends. Ende 4 Uhr morgens.
 Das Komitee.

Eine Prämie
 erhalten Sie
 beim Gebrauch von
LIEBIGS
Backpulver
Puddingpulver
Vanillinzucker
 etc.

- Ba. ger. Schweinsbad. 65 - ohne Knochen, pro Pfd.
- Ba. dicke Flomen - 70 -
- Ba. fr. Rippen Pfd. 65,50 30 -
- Ba. Leberwurst Pfd. 80 -
- Dieselbe geräuchert Pfd. 80 -
- Ba. Sardellenleberw. 90 -
- M. Lahrtz, Wütcherstr. 16.

Sterbekasse „Die Vertrauliche“
 Lübeck.

Die Verwaltungsgeschäfte liegen
 für das Rechnungsjahr 1912 in den
 Händen der Vorstandsmitglieder
J. W. H. Drath u. J. J. Vagt.
 Der Vorstand.
 Lübeck, den 16. Februar 1912.

Transportarbeiterverband
 Mitgliedschaft Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
 Dienstag, 20. Febr.
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52
 Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Kartellbericht.
3. Antrag auf Ausschluß von Mit-
 gliedern.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.
 Zu dieser Versammlung sind die
 Kollegen der Firma **W. A. B. S.** hier-
 mit besonders eingeladen.
 Zahlreiches Erscheinen der Kol-
 legen erwartet

Der Vorstand.
Morgen Dienstag:
Grüntohl - Essen
 wozu freundlich einladet
Heinr. Borgwardt
 Hüxstraße 44.

Verein der Musikfreunde.
 Mittwoch, den 21. Februar
 abends 8 Uhr.
in der Stadthalle:
20. volkstümliches Konzert
 (Orchester 52 Musiker.)
 Leitung:
 Kapellmeister Wilhelm Furtwängler.
 Solisten: die Herren Konzertmeister
 de Ruyter - Korver, Rosen-
 thal, Recoschewitz (Violine),
 E. Corbach (Cello), J. Gerber
 (Klarinette).
 Zur Aufführung kommen u. a.:
 Quintett für Klarinette, zwei Violinen,
 Viola und Cello W. A. Mozart,
 Ouvertüre zu „Roosian und Lud-
 milla“ M. J. Glinka.
 Einleitung zum II. Akt „Sternen-
 gebot“ S. Wagner.
 Beicense Godard.
 Programm im Lübecker Konzert-
 Anzeiger.

UNIVERSUM.
 Treffpunkt aller
 fröhlichen Menschen!
Heinr. Kainberg-Ensemble
 Beg. abds. 8 Uhr. Ende 12 Uhr.
 Entree 20 Pfg.

Hansa-Theater
 Dir.: Reinh. Gollbach.
 Fernspr. 610.
 Täglich abends 8 1/2 Uhr.
Gastspiel Harry Walden
im Brettkönig.
 Vorher:
 Die glänzenden Spezialitäten.
 Vorverf. bei Sager, Zigaretten-
 geschäft, Kohlmarkt, und Nie-
 mayer, Zigarettengeschäft, Breite
 Straße.

Neues Stadttheater.
 Dienstag, 20. Februar. 7 1/2 Uhr.
 Volt-Ab. 192. Dienstag-Ab. 21.
 Bei gewöhnlichen Opernpreisen!
Gastspiel des Kgl. Kammerjägers
Alois Pennarini
 vom Hamburger Stadttheater.
Tannhäuser.
 Große Oper von R. Wagner.
 Mittwoch, 21. Februar. 8 Uhr.
 Bei kleinen Preisen!
Orpheus in der Unterwelt.
 Burleske Operette von Offenbach.

Beim Einkauf von Margarine fordern
 man nur die ersten Marken!
„Sieglerin“
„Palma“
„Mohra“

Arb. u. Berufs-Kl.
 J. H. Fein, am Markt.
 Rudolph Karstadt, Eutin.
 K. Quitzau, Schwartau, Markt 14.

Art. z. Krankenpf.
F. W. Heyde,
 König-
 str. 38.

Bäckereien
 Paul Burmeister, Lübeck, Lg. Lebbig 48.
 Dampf-B. u. Kondit.
J. Eixmann,
 Fischer-
 grube 47.
 H. Jargstorf, Warendorferstr. 38.
 Fleischhauerstr.
R. Kasch
 52, Fein-, Weis-
 u. Grobbackerei.
 W. Krahn, Fackelnb. Allee 57 a.
Ad. Hinzemann,
 Schlüter-
 str. 23. Feines Schwarz- u. Weißbrot.
B. Plath,
 Schlüter-
 Allee 3.
 W. Steinhoff, Travemünde.

Beerd. u. Sarg-Mag.
Central-Beerdigungsanstalt
 A. Brodersen, Angerstr. 7, Tel. 1000.
L. Horenburg,
 Paulstr. 16. Särge
 in allen Preislagen.
C. Thiessen & Sohn,
 Wahnstr. 79. Übera. ganzer Beerd.
 Erene Leiche u. Transportwagen.
L. Veb,
 Lager fertiger Särge.
L. Unger,
 Rensefeld, Gr. Lager in
 Holz- und Metallsärgen.

Beschlagenten
 H. Faasch, Gr. Gröpelgrube 14.
„Hansa“ J. Dettmann
 Beckergroße 21.
L. W. W.
 Warendorferstr. 21.
 Fährhaus 7.

Erscheint
 dreimal
 wöchentlich

Brauereien
Eibschloss,
 M. Hofmann,
 Hansstr. 75.
Kieler Schleibräe
 H. A. W. W. W.
 Untertrave 96.
 Fernspr. 1274.

Lübecker Volksbrot
 F. Weiermüller Kashi, Schwartauer
 Allee No. 3b.
 Brauerei in Obstbän u. Flaschen.
Franz Langloh
 Schlüter-
 u. Brauerei.

Brennmaterialien
 H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
 L. Wallbrandt, Rosengarten 10.

Butter-, Käsehdign.
 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
 H. Philipp, Tägl. feinste Tafelbutter.
 W. Rocksien, Hüxstr. 23.
 J. Semrau, Hüxstr.

Cacao, Chocol., Tee
 Lina Schwarz, Lübeck, Hüxstr. 12.

Cigarrenhandlg.
 A. Burmeister, Lübeck, Fackelnb. Allee 48.
 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
 D. Kiecke, Königstr. 64, Ecke Hüxstr.
 Rob. Kieß, Engelsgrube 80.
Paul Markwardt,
 Seiditzstr. 18. Ci-
 garen, garen, Tabake.
 Jacob Meier, Warendorferstr. 19a.
 Conrad Rothke, Fleischhauerstr. 15.
 Paul Thiel, Stavenstr. 8.
 W. Bänke, Eutin, Lübeckerstr. 34.

Dampfwasch-, Plättanst.
Grob-Dampfwascherei „Jorrek“
 Wäsche-Verleih-Anstalt, T. 1821.
 Spezialität: Haus- u. Fein-Wäsche.
Hansa,
 W. Röper, Friedenstr. 61.
 Fernspr. 2274.
 W. Krüger, Warendorferstr. 1a.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Drogerien
 W. Hohenschild, Marlist. 42c, T. 736.
 Aug. Prösch, Mühlensstr. 38.
Julius Vogt,
 Germania-Drogerie
 Hüxstr., Ecke Königstr.

Fahrräder, Nähmasch.
 H. Benthien, Fackelnb.
 Allee 53.
Deutsches Nähmaschinen-Haus
Gustav Rath,
 Frister & Rohmann - Nähmasch.
 Franz Busse, Wahnstr. 42.
 Rich. Israel, Allee 31.
 Heinr. Körner, Gr. Burgstr. 23.
 St. Gertraud-Fahrradhaus, Arminstr. 12a.
 Erstklass. Räder u. Nähmasch. billig.
 Johs. Meyer, Königstr. 51.
 Carl Petersen, Malente, Bahnhofstr. 28.
 Schwartau, Lübeck-St.
 H. Krohn, 71. Rep. Sämtl. Ersatzl.

Farben u. Lacke
 J. Becker, Dornestr. 29.
 W. Hohenschild, Marlist. 42. E. 736.
 Ferd. Kayser, Breitestr. 81.
 Aug. Prösch, Mühlensstr. 38.

Fleisch- u. Wurstw.
Hans Gerds,
 Prima Fleisch- und Wurstar.
 Chr. Gipp, Moislinger Allee 4.
 Gottlieb,
 Königstr. 104.
Carl Joost,
 Warendorferstr. 14.
 C. Klein, Pfaffenstr. 14.
 W. Lencke, An der Mauer 41a.
 F. Mörrck, Kupferschmiedestr. 68.
W. P. P.
 Fabrik mit elektr. Beir.
 Jul. Schöber, Gr. Burgstr. 53.
 Gust. Zech, Köhlerstr. 22.
 L. Müller, Pa. Fleisch- u. Wurstar.

Friseure, Parfüm.
 Johs. Kühn, Ratzebg. Allee 42a.

Galant-, Spielwar.
 C. Bilesath Wwe. Sandstr. 9.

Handels-Lehranst.
Privat-Handels-Institut
 Herm. Lips, Dankwartsgrube.

Haus- u. Küchenger.
 Joh. Baade, Fackelnb.
 Allee 34a.
 Paul Reher, Tunkentagen 5.
 E. Winkelmann Nachf., Eutin.
 Louis Rathmann, Schwartau.

Herren- u. Knab-Gard.
 Joh. Dittmer, Lübeck, Drögest. 12a.
 Rudolph Karstadt, Eutin.

Hüte und Mützen
 Adolph Dimpker, Lübeck, Wahnstr. 9.
 Aug. Trost & Sohn, Holstenstr. 24.

Kino-Salon
Biophon-Theater
 Breitestr. 52. Vornehmstes am
 Platze. Vollendetste Vorführ. leber-
 der, singender, sprechender Photogr.

Kolonial-, Fettwar.
 Fedder J. Behm, Hansastr. 97.
 Johs. Breede, Dankwartsgr. 37.
 Reinh. Bären, Arminstr. 1a.
 Heinr. Franck, Wahnstr. 67.
 Ludw. Hartwig, Ob. Trave 8.
 Carl Hudoffsky, Marlist. 44.
 D. Lerch, Lg. Lohberg 37.
Ernst Lüth, Spillnerstr. 5.
 H. Schütt, Augustenstr. 14/14a.
 J. Scharau, Hüxstr.
 H. Lettow, Eutin, Westestr. 4.
 Louis Rathmann, Schwartau.
 J. U. Kröger, Travemünde.

Den Lesern bei
 Einkäufen auf's
 beste empfohlen

Kurz-Weiss-Wollw.
 O. Sinnenwald, Lindenstr. 39.
 Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Manufakturwaren
 Johann Dittmer, Drögest. 12a.
 Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.
 J. Zimmermann, Malente, Bahnhofstr.
 Hamb. Engros-Lager, Schwartau.
 K. Quitzau, Schwartau, Marktstr. 14.

Möbelmagazine
 Hintze & Stech, Möbel-Fabrik,
 Detail-Verkauf in der Fabrik.
 W. Pamperin, Mühlensstr. 47.
 Wohnungseinrichtungen z. billigen Pr.

Molkereiprodukte
 Hansa-Meierei
 Amme Lübecks
 von Milchprodukten aller Art

Meiereien
Meierei Rensefeld
 Inh. Paul Eickert, Vorteilhafte
 Bezugsquelle für Milch und Butter.
Meierei Schwartau
 Inhaber Philipp Eitel, Tel. 2144.
 Milch und ff. Molkereiprodukte.

Optik u. Mechanik
Carl Volger,
 Optisches Spezial-Geschäft,
 56 Breitestr. 56.

Photogr. Ateliers
O. Goetze,
 Lübeck,
 Gr. Burgstr. 15.
 Jul. Pingel, Johannisstr. 15.
Samson & Co.,
 Breitestr. 39.
 Fernspr. 1037.

Billigste Bezugsquelle für
 Öfen, Herde, Gaskocher, Grudeöfen
Adolf Borgfeldt,
 Fernruf 672, Mühlensstr. 36 und 40.

Putz u. Modewaren
 B. Döhrmann, Holstenstr. 18.

Empfehlensw. Restaur.
 Wacknitz-Strand, Lübeck, Blankstr. 83.

Schreibwaren
 Aug. Burmeister, Lübeck,
 Fackelnb. Allee 48.
 M. Maxein Wwe., Moislgr. Allee 40a.
 Elsa Paulsen, Spez.: Briefmarken.

Schuhwaren
 Rud. Möller, Hartengr. 38. Reparatur.
 Aug. Rostock, Fährhaus 5.
 Rudolph Karstadt, Eutin.
 Paul Remien, Malente, Bahnhofstr.

Seifen, Toilette-Art.
 Ludw. Hartwig, Lübeck, Ob. Trave 8.

Stahl-, Eisenwaren
 Franz Gönzmer, Fackelnb. Allee 10b.
 Fernruf 1031.
F. Wichmann,
 Hüxstr. 45. So-
 lingen Stahlwaren.

Tapeten, Linoleum
Carl Denleke,
 Lübeck, Königstr.
 48b. Tapeten-Reste.
 Fritz Rehm, Beckergroße 20.

Trikot-, Strumpf.
 E. Ehlert, Lübeck, Breitestr. 15.

Uhren-Repar.-Werkst.
Amerikanische, Uhrstr. 71
 Fast jede Reparatur nur 1 Mk.
 2 Jahre schriftliche Garantie.

Uhren, Goldwaren
August Büttner
 Uhrmacher
 Hüxstr. 32.
 Willi Westfeling, Holstenstr. 32.
 H. Nevermann, Schwartau.

Weine, Spirituosen
 Fr. Geist, Lübeck, Hüxstr. 8. T. 1935.
Friedr. Otte,
 Fischergroße
 43, empfiehlt
 Prima Weine und Spirituosen.

Leser, Leserinnen, Arbeiter, Arbeiterinnen, berücksichtigt obige Firmen!

Die sozialdemokratische Fraktion und die Präsidentenfrage.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erhalten wir folgende Mitteilung:

Am Dienstag, den 6. Februar 1912 trat die sozialdemokratische Fraktion zum ersten Male zusammen und fasste folgende Beschlüsse:

1. Die Fraktion verzichtet auf die Stelle des Präsidenten im Reichstag, auf den sie nach ihrer Stärke und nach der bisherigen Übung Anspruch hat. Dagegen erhebt sie Anspruch auf den Posten des ersten Vizepräsidenten.
2. Die Fraktionsvorsitzenden Bebel, Haase und Mollath werden beauftragt, sich zum Zweck einer Verständigung auf dieser Grundlage mit Vertretern der liberalen Parteien in Verbindung zu setzen.
3. Die Übernahme irgendwelcher Verpflichtungen außer den in der Geschäftsordnung begründeten wird abgelehnt.

Auf Grund dieser Beschlüsse verhandelten unsere Fraktionsvorsitzenden zunächst mit den Vertretern der nationalliberalen Fraktion. Diese äußerten anfangs Bedenken, ob ein Präsidium, das ausschließlich aus Vertretern der drei Fraktionen der Linken zusammengesetzt sei, Bestand haben würde. Sie führten aus, daß falls für ein solches Präsidium überhaupt eine Mehrheit zu erzielen sei, diese doch nur eine kleine sein könne, und daß deshalb das Präsidium Gefahr laufe, bei der ersten Gelegenheit durch einen Schachzug des Zentrums zu Fall gebracht zu werden. Sie machten den Zentrumsmann, von dem man diese Rolle zu erwarten habe, ausdrücklich namhaft und betonten, daß sie einen Präsidenten aus ihrer Fraktion nicht in diese Situation bringen könnten. Sie hielten es deshalb für erforderlich, mit dem Zentrum in Verbindung zu treten, und schlugen unserer Fraktion als der stärksten vor, die Stellung des Zentrums als der zweitstärksten Fraktion zur Besetzung des Präsidiums festzustellen. Unseren Anspruch auf den Posten des ersten Vizepräsidenten erklärten sie in Übereinstimmung mit den Fortschrittlichen für begründet, da wir ja die staatsrechtlichen Verpflichtungen zu erfüllen bereit seien, die mit diesem Amt verknüpft seien. Mehr zu fordern hätten sie keinen Anlaß. Im Laufe der Unterredung äußerte einer der nationalliberalen Führer, er würde es für die größte Blamage betrachten, wenn der schwarz-blaue Block wieder das Präsidium stellen würde.

Im Einvernehmen mit der Fraktion verhandelten darauf unsere Vorsitzenden am nächsten Vormittag mit dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Freiherrn von Hertling. Er erklärte ihnen, er könne über die Stellung des Zentrums noch keine bestimmte Auskunft geben, da Beschlüsse noch nicht gefaßt seien; er verhandele zurzeit mit den Konservativen. Seine persönliche Ansicht deckte sich mit derjenigen, die Windhorst vertreten habe, nämlich: von der Stellung des Präsidenten Abstand zu nehmen. Er wisse jedoch nicht, wie seine Fraktionskollegen zu dieser Frage stünden. Sedenfalls würden sie sich dagegen aussprechen, daß der Präsidentenposten durch einen Nationalliberalen besetzt werde. Für unseren Anspruch auf eine Stelle im Präsidium sei für das Zentrum wesentlich, wie wir uns zu den höflichen Verpflichtungen

stellen würden. Unsere Vertreter erklärten, daß wir nur die in der Geschäftsordnung begründeten Verpflichtungen übernehmen könnten. Auf seine ausdrückliche Frage, wie wir uns beim Kaiserhoch verhalten würden, erwiderten sie, es würde in dieser Beziehung eine Änderung in unserer Haltung nicht eintreten. Er erwiderte darauf, das Zentrum halte dagegen an dem Standpunkt fest, den sein Führer Lieber früher eingenommen habe. Er fügte dann aber hinzu, die Hauptfrage seiner Fraktion sei, daß der Reichstag arbeitsfähig werde, und er knüpfte daran die Frage, ob wir, wenn ein Präsidium zustande käme, das uns nicht genehm sei, Obstruktion machen würden, wobei er freilich nicht an eine Obstruktion wie beim Zolltarif denke. Unsere Vertreter erwiderten, daß die sozialdemokratische Fraktion auch einen arbeitsfähigen Reichstag wünsche; ihre 110 Abgeordnete seien versammelt, um zu arbeiten. Wenn es sich um ein legal gewähltes Präsidium handele, könne eine Obstruktion gegen diese Wahl nicht in Betracht kommen. Es seien schon öfters Präsidien vorhanden gewesen, die der Sozialdemokratie nicht genehm waren; dies habe jedoch die sozialdemokratische Fraktion nicht gehindert, im Reichstag ihre Arbeit zu leisten. Mit dem Versprechen des Freiherrn v. Hertling, uns von dem Beschluß, den seine Fraktion fassen würde, in Kenntnis zu setzen, schloß diese Unterredung, deren Ergebnis wir den Führern der Nationalliberalen Partei und der Fortschrittlichen Volkspartei mitteilten.

Die Nationalliberalen erklärten darauf, daß ihrer Meinung nach unter diesen Umständen kein anderer Ausweg bliebe, als daß jede Partei selbständig vorgehe, und sie bemerkten, daß sie dann wohl gewisse Zettel abgeben würden. Auf den Einwand unserer Vertreter, daß dies ein taktischer Fehler sein würde, da dann sofort die Wahl eines schwarz-blauen Blockpräsidiums zustande kommen würde, äußerten sie, daß sie die Richtigkeit dieses Einwandes anerkennen mußten.

Nach dem Verlauf dieser Verhandlungen beschloß die Fraktion auf den Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden:

„für den Präsidentenposten einen eigenen Kandidaten in der Person des Genossen Bebel zu präsentieren und diese Kandidatur durch alle Wahlgänge aufrechtzuerhalten.“

Es kam an diesem Tage jedoch nicht zur Wahl, da sofort bei Beginn der Plenarsitzung Nationalliberale und Zentrum Verlegung beantragten. Auf Einladung der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei fand alsdann nochmals eine Besprechung zwischen den Vertretern dieser Fraktionen und unseren Fraktionsvorsitzenden statt. Hierbei wurde von dem Vertreter der Nationalliberalen mitgeteilt, es sei die Kombination aufgetaucht, zu den drei bisherigen Präsidenten noch die Stelle für einen vierten Präsidenten zu schaffen und dann unter Ausschluß der äußersten Rechten und der äußersten Linken die Präsidenten aus den übrigen Fraktionen zu wählen. Als unsere Fraktionsvorsitzenden erklärten, daß diese Kombination ganz undiskutabel sei, wurde erwidert, daß sie damit erledigt sei. Es wurde weiter mitgeteilt, es sei angeregt worden, das Präsidium aus einem Nationalliberalen, einem Zentrumsmann und einem Fortschrittlichen zusammenzusetzen. Auf die Erklärung unserer Vertreter, daß wir dazu selbstverständlich unsere Zustimmung nicht geben könnten, schloß sich die Fortschrittliche Volkspartei dieser Erklärung sofort an, und auch die Nationalliberalen äußerten,

daß damit auch diese Kombination nicht weiter in Frage komme.

Auf Wunsch der Liberalen nahmen dann unsere Fraktionsvorsitzenden noch an einer Besprechung mit dem Zentrum teil, zu der auch der nationalliberale Abgeordnete Schiffer erschien, wogegen sich der Abgeordnete Bassermann an ihr nicht beteiligte. Das Resultat dieser Unterredung war, daß die Vertreter des Zentrums erklärten, sie könnten über die Stellung des Zentrums zur Besetzung des Präsidiums keine Mitteilung machen, da ihre Fraktion noch keinen Beschluß gefaßt habe. Sie würden aber für einen nationalliberalen Präsidenten nicht stimmen und eben'owenig für einen sozialdemokratischen Vizepräsidenten, hätten doch die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion dem Freiherrn v. Hertling gegenüber die Übernahme höflicher Verpflichtungen abgelehnt. Auf die Frage, welchen Zweck denn eigentlich diese Konferenz habe, erwiderten die Vertreter des Zentrums, sie hätten von ihrer Fraktion nur den Auftrag, eine Verständigung mit den bürgerlichen Parteien zu versuchen. Unsere Vertreter erklärten darauf, daß sie danach keinen Augenblick länger bleiben könnten, und als sie sich entfernten, schlossen sich ihnen die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen mit dem Bemerkten an, daß sie dann auch weiter nichts zu suchen hätten.

Unmittelbar darauf verhandelten die Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen mit unseren Vertretern über die Frage der Besetzung des Präsidiums weiter. Unsere Vertreter betonten aufs neue, daß unsere Fraktion bereit sei, für einen Präsidenten aus der nationalliberalen Fraktion und für einen zweiten Vizepräsidenten aus der Fortschrittlichen Volkspartei zu stimmen, falls diese beiden Fraktionen sich verpflichteten, unserem Kandidaten für den ersten Vizepräsidentenposten ihre Stimmen zu geben und uns eine offizielle Zusage zur Erfüllung dieser Bedingung machen würden. Die Fortschrittliche Volkspartei gab eine solche Erklärung sofort ab, während der Nationalliberale Schiffer äußerte, er glaube nicht, daß eine Fraktion eine offizielle Erklärung abgeben würde. Wir erwiderten, daß wir davon nicht Abstand nehmen könnten, obwohl wir uns nicht verheißten, daß ein Teil des rechten Flügels der nationalliberalen Fraktion trotz eines Fraktionsbeschlusses nicht für unseren Kandidaten stimmen würde.

Am nächsten Tage teilten uns die Vertreter der nationalliberalen Fraktion mit:

1. ihre Fraktion werde den Prinzen Carolath als Präsidenten präsentieren,
2. für einen sozialdemokratischen ersten Vizepräsidenten habe sich in ihrer Fraktion keine Mehrheit ergeben,
3. wohl aber sei mit großer Mehrheit beschlossen worden, für einen Sozialdemokraten als zweiten Vizepräsidenten einzutreten, wobei allerdings keine Garantie dafür übernommen werden könnte, daß er auch von allen gewählt werde. Sie fügten hinzu, es sei jetzt an uns, danach unsere Entscheidung zu treffen.

Die Fraktion beschloß darauf einstimmig: an ihrem früheren Beschluß festzuhalten und selbständig vorzugehen.

Wider Erwarten erhielt dann der Genosse Bebel bei der Wahl des Präsidenten auch einen Teil der nationalliberalen Stimmen und einen noch größeren Teil der Genosse Schiedemann bei seiner Wahl als Vize-

Familie Schüler.

Originalroman von Arthur Zapp.

(28. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Du willst mich Sparsamkeit lehren? Warum? Dir kann's doch egal sein, wie ich das Wirtschaftsgeld, das mir Kuno gibt, verwende. Es ist doch allein meine Sache, wie ich mich damit einrichte. Überhaupt, ich verbitte mir ein für allemal jede Belehrung. Dazu bist Du noch viel zu grün.“

Vergebens war es, daß Helene tränenden Auges zu Kuno hinübersah; er machte dem kleinen Zwischenfall nach seiner Gewohnheit in seiner herrischen, befehlenden Weise ein Ende.

„Schluß! Nur keine hässliche Szene, bitte! Thea hat recht. Was gehst Du an, Kleine, wie sie sich die Sache einteilt? Das ist ihre Sorge, ausschließlich die ihre.“

Am meisten schmerzte es Helene, daß sie an ihrem Mann niemals einen Rückhalt hatte, und daß er sie gar nicht ernst zu nehmen schien. Bei gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihr und Thea gab er stets seiner Schwägerin recht — sie war in seinen Augen die Klügere, Einsichtigere, Erfahrenere. Schließlich hörte Helene auf, dagegen anzukämpfen und würgte die Demütigungen, die sie von ihrer Schwägerin erfuhr, schweigend unter heimlichen Tränen hinunter. Auch von seiten der Dienstmoten, die es natürlich bald weg hatten, wie wenig die Frau im Hause bedeutete, erlitt sie manche verlegende Kränkung, ohne daß sie imstande gewesen wäre, sich dagegen zur Wehr zu setzen oder sich eine Genugtuung zu verschaffen. Als sie einmal ein frisches Handtuch verlangte, erwiderte das Hausmädchen paßig: „Das gnädige Fräulein hat gesagt: mehr als zwei Handtücher gibts nicht in der Woche.“ Und wenn sie einmal gelegentlich eines der Mädchen zu einer Beforgung in ihr Elternhaus schicken wollte, hörte sie immer zuerst die Entgegnung: „Ich muß erst das gnädige Fräulein fragen.“ Und sie konnte sich darauf gefaßt machen, daß ihr der Votz überhaupt verweigert wurde, wenn nach Theas Ansicht Wichtigeres vorlag, oder wenn ihr gerade die Laune danach stand, die Schwägerin ihre Überlegenheit fühlen zu lassen.

Es war in der dritten Woche ihrer Heimkehr, als Helene endlich dazu kam, ihre Freundin Grete Brinkmann aufzusuchen. Das junge Mädchen bewohnte mit seinem Bruder eine einfache Wohnung weit draußen am Weichbild der Stadt. Hier waren die Grundstücke vereinzelt gelegen und umtete Gärten umgaben die Häuser.

Es war in einer Vormittagsstunde, als Helene die Stufen zu der im Hochparterre gelegenen Wohnung der Geschwister emporeifte. Grete kam ihr mit freudig gerötetem Gesicht entgegen und zog sie an den Händen ins Zimmer.

„Nun laß Dich einmal anschauen, Du junge Frau! Ja, ja, das Glück leuchtet Dir aus den Augen.“

Helene errödete unwillkürlich über die Äußerung, die wohl mehr in der Phantasie als in der Beobachtung der Freundin ihre Ursache hatte. Sie selbst bestete jetzt den Blick auf das Gesicht der andern. Grete hatte sie neben sich auf das Sofa gezogen; sie hielt noch immer die eine Hand ihres Besuches in der ihren; um die Mundwinkel des hübschen, feingezichneten Gesichts grub sich ein Ausdruck unverständlicher Bitterkeit, und wie ein Seufzer klang der Ausruf: „Du Glückliche, Du Glückliche!“

„Aber was hast Du denn, Grete?“ fragte die junge Frau verwundert.

Da zuckte es plötzlich schmerzhaft um die Jüge des jungen Mädchens, und in eine heftige Tränenflut ausbrechend, warf sie sich der Geschreckten an die Brust. Ein bitterliches Weinen schüttelte die schlanken Glieder.

„Aber was ist Dir denn, Grete?“ fragte Helene teilnehmend, und rief mit instinktiver Bärtlichkeit den an ihre Brust gepressten Kopf.

„Verzeihe“, schluchzte die Weinende. „Ich bin ja so furchtbar unglücklich!“

In dem mitleidigen Herzen der jungen Frau dämmerte das Verständnis.

„Ist es wegen Paul?“

Die Schwägerin nickte.

Nach seiner Krankheit war er so lieb und gut zu mir. Und nun weicht er mir wieder seit Wochen aus, als wenn ihm mein Anblick widerwärtig, verhaßt wäre.“

„Aber Grete! Das bildest Du Dir doch nur ein. Er liebt Dich. Er hat es mir doch gesagt und Dir selbst.“

Die junge Frau fühlte, wie die Freundin in ihren Armen erschauerte. Dann erhob die Arme das vor Scham und Schmerz vibrierende Gesicht.

„Ja, er hat mich geliebt“, flüsterte Grete, dem Bedürfnis, dem gefolterten Herzen einmal rückhaltlos Luft zu machen, widerstandslos nachgebend. „Aber das ist ja nun vorbei. Seit zwei Monaten habe ich ihn nur flüchtig in Gegenwart anderer gesehen. Meinst Du, er hätte in all der Zeit keine Gelegenheit gefunden, wenn er den Wunsch gehabt hätte, mich unter vier Augen zu sprechen? Ich weiß, er liebt mich nicht mehr, er liebt eine andere.“

„Aber das redest Du Dir doch nur ein, Grete!“

„Nein, nein! Ich weiß es, ich sehe es, ich fühle es. Denkt Du, so etwas fühlt man nicht?“

Heiße Leidenschaft sprach aus dem Ton der erhobenen Stimme und sprühte aus ihren blühenden Augen. Ergreifen drückte Helene die Freundin an sich.

„Ich werde ihm einmal ins Gewissen reden!“ erwiderte sie.

Aber die andere packte mit krankhaftem Griff ihre Hände.

„Das darfst Du nicht tun. Um keinen Preis darfst Du das tun! Ich schämte mich ja zu Tode. Denkt Du, ich will mich ihm an den Hals werfen? Wenn Du es ihm erzählst, Helene, — ich könnte es Dir nie verzeihen.“

Die Leidenschaftliche gebärdete sich so aufgeregt, daß Helene Mühe hatte, sie zu beschwichtigen. Erst als sie ihr zugehört hatte, ihrem Bruder nichts zu verraten, wurde sie ruhiger.

„Nun erzähle mir von Dir, Helene“, sagte sie, ihren Arm um die Taille der Freundin legend, „von Deiner Hochzeitsreise, von Deinem Glück! Liebt Ihr Euch immer noch so sehr? — Nein, jetzt liebt Ihr Euch noch viel inniger, viel tiefer, nicht wahr? Die Ehe, das ist doch erst das Höchste, Vollkommenste. Da gehen doch erst zwei Menschen, die sich lieben, ganz ineinander auf, da lernen sie doch erst das ganze, volle Glück kennen — nicht, Helene?“

Die Schwärmerin sah der Freundin voll Interesse und Neugier in die Augen. Aber die junge Frau erwiderte nichts, sondern senkte stumm ihr Gesicht, auf dem sich ein dunkler Schatten lagerte.

Stauen und verständnislose Verwunderung waren jetzt auf seiten des jungen Mädchens.

„Helene —?“ flüsterte sie fragend und drückte die Hand der neben ihr Sitzenden.

Die Geständnisse der Freundin hatten auch das Herz der jungen Frau weich und mitteilbar gestimmt. Noch nie hatte der Schmerz über die Enttäuschungen ihrer jungen Ehe so heftig in ihr gebrannt, noch nie hatte sie den Gegeniaz zwischen den Illusionen ihres Frauenherzens und der Wirklichkeit so leidenschaftlich bitter empfunden. Der Zwang der Verstellung, dem sie ihrem Vater und ihrer Mutter und allen andern gegenüber übte, bedrückte sie unerträglich, und das übermächtige Verlangen, alles, was sich seit Monaten in ihr angesammelt hatte, einmal über mitleidenden Seele anzupacken, riß die Schranke der Scham und Zurückhaltung nieder. Und so begann sie, langsam leise und stockend, allmählich wärmer und freier und offener, von den Grieb-

präsident. In dieser Situation verstand es sich von selbst, daß nach dem die Fortschrittliche Volkspartei ihren Kandidaten für den zweiten Vizepräsidentenposten zugunsten der Kandidatur des Nationalliberalen Paasche zurückgezogen hatte, wir ebenfalls unsere sämtlichen Stimmen für diesen abgaben.

Die vorstehenden Vorgänge beweisen, daß die Erklärung vom 12. Februar 1912, die von nationalliberaler Seite gegeben wurde, irreführend ist. Es ist zwar richtig, daß diese Fraktion ursprünglich Bedenken gehabt hat, ob ein dauerhaftes Präsidium aus den drei Fraktionen der Linken sich werde zusammensetzen lassen. Verschwiegen wird aber, daß die nationalliberale Fraktion diese Bedenken später hat fallen lassen und am Tage der Abstimmung zur Bildung eines Präsidiums der Linken sich bereit erklärte, wenn auch ohne der Sozialdemokratie bindende Garantien zu geben. Unrichtig ist, daß das Präsidium, welches am 9. Februar mit dem Abgeordneten Spahn an der Spitze gewählt wurde, dem Standpunkt der Nationalliberalen entsprochen habe. Die Nationalliberalen haben vielmehr die Stelle des Präsidenten selbst belegen wollen. Aus den Abstimmungen hat sich mit Sicherheit ergeben, daß, wenn die Nationalliberalen nicht eine schwankende Haltung eingenommen hätten, ein Präsidium mit einem nationalliberalen Präsidenten, einem sozialdemokratischen ersten Vizepräsidenten und einem fortschrittlichen zweiten Vizepräsidenten gewählt worden wäre.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 17. Februar 1912.

8. Sitzung. Nachmittags 11 Uhr.

Am Bundesratsitz: Wermuth, v. Seeringen, Lisco.

Erste Statberatung.

Welter Tag.

Redebour (SD.): Wir hatten das eigenartige Erlebnis, daß hinter einander drei Vöhprediger auftraten. Der eine, Graf Bosadowsky, hat wenigstens versucht, seine Vöhpredigt objektiv zu gestalten und seine Ermahnungen nach allen Seiten zu richten. Der Reichskanzler dagegen und der Vizientat Mumm (Zurufe rechts: Abg. Mumm) haben dagegen diejenigen Parteien mit Ermahnungen überschüttet, die eigentlich mit einem gewissen Erfolg und Selbstgefühl aus dem Wahlkampf hervorgegangen sind. Vöhpredigten wären doch bei denen besser angebracht, die schon durch die Tatsachen belehrt sind, daß sie auf falschem Wege waren. Ich habe mich mit kurzen Worten zunächst mit Herrn Mumm zu beschäftigen. (Erneute erregte Rufe rechts: „Abg. Mumm“, erregte Gegenrufe links; von rechts wird gerufen, das ist nicht üblich im Hause, die Anruhe links und der Lärm rechts nimmt überhand.) Es grenzt das schon an Obstruktion, denn es ist durchaus üblich einen Abgeordneten mit „Herrn“ zu bezeichnen. (Lebhafte Zustimmung links.) Herr Mumm, der Abg. Herr Mumm machte den Eindruck wie ein Botschafter, der am Tage des jüngsten Gerichts auf seinem Zitterstuhl die armen Seelen zur ewigen Verdammnis ruft. (Heiterkeit.) Aber sowohl ich wie meine Freunde würden durch die Vöhpredigt vielleicht gerichteter gewesen sein, wenn nicht der Inhalt der Worte in peinlichen Gegensatz geraten wäre zu der moralischen Selbsterhebung, von der das Gedächtnis seiner Worte trieb. (Heiterkeit.) Herr Mumm, Herr Abg. Mumm, hielt es für richtig, eine gegnerische Zeitung, das „Berliner Tageblatt“ — er nannte es in antisemitischer Weise das „Jerusalem Blatt“ — den Behörden zu denunzieren, damit sie es auf den Bahnhöfen verbieten. Er versucht also durch Aufhebung der Behörden einen politischen Gegner materiell zu schädigen. Das gilt unter allen anständigen Politiken als schäbig, und im Volksmund hat man einen derben Vers darauf geprägt, den ich in parlamentarischer Form so umdichten möchte: überall im ganzen Land als minder achtbare Persönlichkeit wird bestachelt der Denunziant. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) Dann hat Herr Mumm, Herr Abgeordneter Mumm, mit ungeheurer Entrüstung die Behauptung aufgestellt, mein Freund Seeringer habe im Wahlkampf in einem Dorfe des Landkreises Bielefeld eine Wahlversammlung mit einem Choral eröffnet, und Herr Mumm charakterisierte das als Abgrund tiefer Heuchelei. Er hätte wissen müssen, daß schon

im Januar 1912 Seeringer in der „Lübecker Volkszeitung“ die Sache richtig gestellt hat. (Hört, hört! links.) Der Besitzer des Saales, ein Landwirt, forderte die Anwesenden auf, mit ihm ein Lied zu singen und aus Lauffestigkeit Schwieger Seeringer zunächst machte später aber auf das Taktlose des Vorganges aufmerksam. Daraus die Behauptung zu machen, er habe die Verhandlungen mit einem Choral eröffnet, sei wohl, schreibt er, der Gipfel der Unverschämtheit. (Zurufe links: Mumm — pig! links! Heiterkeit.) Auch das christlich-sozialen Organ jener Gegend, das Herr Mumm doch wohl kennen sollte, stellte die Sache ebenso dar und fügte hinzu, daß der Landwirt mit seiner Anforderung keinen Anklang fand, sich als Sängler schließlich allein sah, und bald aufhörte. (Hört, hört! links), und nun erinnern Sie sich, was Herr Mumm uns hier gestern voralabiert hat. (Große Heiterkeit links.) Ich möchte ihn fragen, wie er solche leichfertige Verdächtigung politischer Gegner (mit seiner Verpflichtung zur Wahrhaftigkeit als Abgeordneter vereinbaren kann. (Sehr gut! links.) Der andere Vöhprediger war der Reichskanzler. Am zweiten Tage der Debatte suchte er nur auf 3 Minuten wie ein trübseeliges Fröschlein durch den Saal. (Heiterkeit.) Am dritten Tage hielt er seine Vöhpredigt und heute ist er wieder nicht da, obwohl er genau weiß, daß auf seine heftigen Angriffe gegen meine Partei sofort eine Antwort erfolgen muß. Das entspricht nicht den Verpflichtungen eines leitenden Staatsmannes. Er hat hier anwesend zu sein und seine Politik zu vertreten. Er darf das nicht dem Grafen Westarp überlassen. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir sind das ja gewöhnt, es ist das eine übliche Gewohnheit der deutschen Kanzler nach dem Vorbilde des Fürsten Bismarck. Daß der deutsche Reichstag sich das früher hat gefallen lassen, selbst von einem Bismarck, finde ich für das Ansehen des Reichstages nicht förderlich; wir Sozialdemokraten wollen, so weit es an uns liegt, dafür sorgen, daß die Kanzler sich ihrer staatsmännischen Verpflichtung hier nicht entziehen. Wenn sie glauben durch Zitterung sich über Unverschämlichkeiten des Fürsten Bismarck in dessen Krawallerstufen klettern zu können, so irren sie, dann paßt höchstens das Schillerwort auf sie: „Wie er sich räufert und wie er spuckt, das hat ihn glücklich abgequert.“ So vielen moralischen Mut sollte der Reichskanzler haben, Kritik anzuhören, nachdem er selbst in unerhörter Weise Kritik geübt hat. Jedes Mitglied des Hauses hat das Recht, seiner Unzufriedenheit mit einer Präsidentenwahl Ausdruck zu geben. Wenn aber ein Bureaufkrat, ein Angestellter des Deutschen Reiches, ein Mann, der jederzeit durch die übergeordnete Verantwortlichkeit vor seinem Blase entfernt werden kann, ein Mann, der nicht kraft seiner eigenen Überzeugung, sondern infolge höflicher Gnade auf seinem Blase steht, ein Mann, der das Recht in Anspruch nimmt, seiner Partei anzugehören und von keiner abzuhängen — wenn dieser amtierende Bureaufkrat, der in sein Amt gekommen ist mit allen den Künsten, mit denen ein strebamer Beamter bei uns zu hohen Ämtern kommt, wenn der sich erlaubt, den Reichstag runter zu puzen, weil er diesen oder jenen in das Präsidium gewählt hat, der ihm nicht paßt, so ist das eine unerhörte Unmaßung. (Lebhafte Zustimmung links. Große Anruhe rechts und links: Ungehört.)

Präsident Kämpf: Das überschreitet die Grenzen des parlamentarischen Maßes. (Große Verwunderung links.)

Redebour (fortfahrend): Das ist eine Handlung, die die Abgeordneten aller Parteien zurückweisen müßten. (Lebh. Zustimmung links.) Daß Herr Wendt gestern dieser Handlung des Kanzlers zustimmte, wundert mich nicht von diesem selbstbestalteten Verteidiger des „Teutschums“ in den Ostmarken. (Lebh. Heiterkeit und Sehr gut links.) Wenn aber jemandem, der Stolz und Selbstgefühl in seiner Brust hat, die Ehre zuteil wird, als Abgeordneter das deutsche Volk zu vertreten, so erwarte ich von ihm, daß er ebenso wie wir Sozialdemokraten mit aller Energie einen derartigen Übergriff eines Beamten gegenüber einem Abgeordneten zurückweist. (Lebh. Sehr richtig links.) Ich werde abwarten, ob die weiteren Redner meinen Appell bejahen oder verneinen werden. Der Reichskanzler hat Kübel voll Entrüstung über die Sozialdemokratie ausgeschüttet, und hat die Freisinnigen fast noch schärfer angegriffen. Für die Abschaffung der Stichwahlen und Einführung des Proporz sind wir auch. Er hat all die großen Parteikämpfe als „querelles allemandes, erbärmliche Zänkereien, bezeichnet. Eine wirkliche querelle allemande aber war seine Klage über das Flugblatt, das ihm die Freisinnigen im ersten Berliner Kreis für 5 Pfennig und nicht für 3 Pfennig zugeschickt haben. Diese querelle hat er mit dem ausgesuchten Zartgefühl der preussischen Bureaufkrat in dem Augenblick vor-

gebracht, wo der Kandidat, für den zwei Pfennig zu viel angemacht wurden, auf dem Präsidentenstuhl saß. Er hat es augenscheinlich sehr ungnädig empfunden, daß die Volkspartei, da die Geschäfte des Reichstages durch das Verhalten der anderen Parteien ins Stocken zu geraten drohten, in die Bresche gesprungen ist. Das ganze deutsche Volk aber, so weit es nicht durch die querelles allemandes des Reichskanzlers und seiner Gefolgsleute der Gebirgsverkleisterung verfallen ist, wird ob dieser Tat der Volkspartei seine Anerkennung nicht verlagern. (Sehr gut! links.) Der Reichskanzler beabsichtigt jedenfalls, die Nationalliberalen durch Bedrohung mit der Ungnade der höheren Behörden dahin zu terrorisieren, daß sie bei der Neuwahl des Präsidiums nicht wieder sozialdemokratisch wählen. (Heiterkeit.) Der Wahlausfall beweist, daß die von uns und den Freisinnigen vertretenen Hauptforderungen entscheidende Unterstützung im Volke finden. Diefem Volkswillen gilt es gesegneten Ausdruck zu verleihen, dazu würden die Verfassungsanträge, die ja selbst von nationalliberaler Seite gekommen sind, Gelegenheit bieten. Wenn der Reichskanzler fragt, was sich zwischen 1907 und 1912 ereignet habe, daß man mit solchen Anstößen komme, so scheint es, daß er nicht nur hier, sondern auch sonst Vogel-Strauß-Politik getrieben und den Kopf in den Sand gesteckt hat. Die Entgleisungen des persönlichen Regiments und die Finanzreform haben diesen Umschwung im Volk herbeigeführt. Schon 1908 hätte der Reichstag die damalige Regierung weggelesen und mit dem ganzen vererblichen bürokratischen Regierungssystem brechen müssen. Statt dessen hat er das deutsche Volk mit einer Fülle neuer Steuern belastet. Man hat gesagt, in unseren Anträgen zeige sich der Revisionismus. Sie sind aber bereits 1908 gestellt, und ich, den Sie doch zu den Radikalen rechnen, habe sie damals vertreten. Durch die Obstruktion der Rechten und des Zentrums kam damals nichts bei der Kommissionsberatung heraus. Mit den Liberalen sind wir in diesen Fragen vollkommen einig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich bin überzeugt, alle meine Parteigenossen werden mit Entschiedenheit den Verdacht zurückweisen, als ob irgend welche Sozialdemokraten zu einer Rückwärts-Revision der Sozialdemokratie in eine bürgerliche Partei die Hand bieten würden. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.) Gewiß gibt es bei uns Meinungsverschiedenheiten, und sie werden deshalb offen und energisch ausgekämpft, weil wir eine proletarische Kampfpartei sind, der der politische Kampf nicht eine Abendbeschäftigung, sondern Lebenszweck ist. Nur die Partei Bosadowsky tritt in diesem hohen Hause geschlossen auf. (Große Heiterkeit.) Doch hat sich Graf Bosadowsky gestern in so vielen Punkten widersprochen und in Widerspruch zu seiner früheren Amtstätigkeit gesetzt, daß die Vermutung nahe liegt, daß, wenn diese zu einer bestimmten Frage Stellung nehmen soll, der Graf und der Dowatz sich sehr stark widersprechen werden. (Erneute große Heiterkeit.) Nach dem Reichskanzler steht die Regierung über den Parteien. Aber der konservative Staatsrechtslehrer Stahl hat sehr richtig geschrieben, daß die Männer, von denen man sagt, sie ständen über den Parteien, meist unter den Parteien stehen. Im Wahlkampf ist die Regierung ein williger Kämpfer der Konservativen gewesen. Ich begrüße es mit Freuden, daß in Bayern nun die Partei der Wehrheit die Minister stellt. Dahin müssen wir auch im Reiche arbeiten. (Zust. bei den Soz.) Dem Grundgesetz des Schatzsekretärs, daß keine Ausgaben ohne Deckung gemacht werden sollen, stimmen wir zu. Graf Bosadowsky meinte gestern, über die Militärvorlage könnten nur Militärs urteilen. Danach dürfte nicht einmal der Reichskanzler etwas gegen die Forderungen des Kriegsministers sagen. In allen parlamentarisch regierten Ländern haben aber wiederholt Zivilisten an der Spitze der Militärverwaltung gestanden. Aber Graf Bosadowsky stellt die Theorie auf, daß der Schatzsekretär wenn der Kriegsminister eine Forderung stellt, stramm mit den Händen an der Hosennaht dastehen und zu sagen hat: Zu Befehl, Excellenz! (Heiterkeit.) Wir verlangen erhebliche Reduzierung der Ausgaben für Meer und Marine. Durch allgemeine Volksgemeinnachung nach Art des Schweizer Systems würde die Verteidigung unseres Vaterlandes besser gesichert als jetzt und wir könnten die Steuerlast ermäßigen. Wir werden stets gegen das unheilvolle indirekte Steuersystem, das die breiten Massen bedrückt und die Reichen schon, ankämpfen. Der Reichstag soll abschließlich die Höhe der Quote festlegen, nach der die Einkommensteuer von einem bestimmten Einkommen angefangen, erhoben werden soll, dann würde der Reichstag ein wirkliches Budget-Recht haben. Einer Erbschafts-, Einkommen- oder Vermögenssteuer für das Reich würden wir dann zustimmen, wenn

nissen ihrer Reise zu erzählen, von der Unwahrhaftigkeit Kinos, von dem Zwang, den er auf sie ausgeübt, von seiner Härte, seinem Egoismus und den Ausbrüchen seines Zornes, von seiner Begegnung mit der koketten russischen Gräfin, der er hoffert und um deren Willen er sie vernachlässigt und grauam und lieblos behandelt hatte. Auch von der beschämenden Rolle, die sie in ihrem eigenen Haushalt spielte, von der Nichtachtung und der Zurücksetzung, die sie sich von ihrem Gatten zugunsten seiner Schwester gefallen lassen mußte, berichtete sie der ergriffen, wie erstarrt Zuhörenden. Bittere Tränen begleiteten diese Geständnisse, die allen durchsichtigen Schmerz in ihr neu aufleben ließen und die ihr qualender als je zum Bewußtsein brachten, wie wenig sich die süßen Glückseligkeiten, mit denen sie in die Ehe gegangen, erfüllt hatten, und wie sehr sie das blinde Vertrauen, das sie in den Mann ihrer Liebe gesetzt, betrogen hatte.

Grete Brinkmann war so tief erschüttert, daß sie gar nicht imstande war, die Trostworte zu spenden, nach denen sich das verwundete, leidende Herz der anderen velleicht sehnte. So begnügte sie sich, mit ihr zu weinen, ihre bleichen, tränenüberströmten Wangen zu streicheln und sie voll Mitleid und Ergriffenheit an sich zu drücken und zu küssen.

„Also liebst Du ihn nicht mehr?“ fragte sie endlich. Die junge Frau sah eine Weile starr vor sich hin; ihre Brust wogte heftig, ihr Atem ging stürmisch. Glühende Beschämung zitterte über ihr tränengequältes Gesicht.

„Ich liebe ihn noch immer,“ gestand sie stammelnd. „Und mein Herz sagt mir, daß er auch mich liebt, wenn es auch manchmal scheint, daß er lieblos gegen mich handelt. Könnte ich denn leben ohne diesen Glauben?“

Helene hatte sich länger aufgehalten, als es ihre Absicht gewesen. Die Mittagssunde war schon vorüber, als sie endlich Abschied nahm. Als sie draußen den Vorgarten durchschritt und auf die Landstraße hinaus wollte, trat ihr Emil Brinkmann entgegen, der zum Mittagessen nach Hause kam.

„Sie, Frau Helene — gnädige Frau!“ rief er freudig überrascht, den Hut ziehend und ihr die Hand zum Gruß entgegenstreckend.

„Befahren, peinlich berührt, legte Helene die Hand in die des ihr gegenüberstehenden, dessen Auge sie forschend, besprechend, voll Anruhe auf sich ruhen fühlte. Mit dem Bewußtsein, daß man ihr die innerliche Bewegung und die Spuren der vergessenen Tränen noch anmerken dürfte, wäre sie gern an ihm vorbeigerast. Ehen, mit ihrer Belegenheit tragend, stand sie vor ihm, ihr erglühendes Gesicht sendend. Nach Emil Brinkmann war nicht ohne Befangenheit.

„Sie haben meine Schwester besucht?“ fragte er, nur um etwas zu sagen.

Sie bejahte und schwieg wieder und hatte nur den einen Gedanken, die Begegnung abzukürzen und sich vor den Blicken des ihr Gegenüberstehenden zu flüchten. Aber er hielt noch immer ihre Hand in der seinen, und in ihm schienen das unverhoffte Zusammentreffen nicht dieselben Gefühle auszulösen wie bei ihr.

„Darf ich fragen, wie Ihr Befinden ist?“ fragte er weiter.

„Ich danke — gut“, erwiderte sie, sankt ihre Hand aus der seinen ziehend.

„Und Sie wollen nun schon nach Hause?“ fuhr er mechanisch fort.

„Ich fiel in der Gemütsstimmung, in der er sich befand, nichts weiter ein, als diese Redensarten. Wenn er hätte dem Drängen seines Herzens folgen wollen, so hätte er sich nach dem Grunde ihrer Verdrossenheit und der Tränen Spuren in ihrem Antlitz erkundigt. Aber sein Zartgefühl verbot ihm, so indirekte Fragen zu stellen.

Da raffte sie sich auf.

„Ja, ich muß nun nach Hause,“ stieß sie hastig hervor, „und auch Sie werden von Gretchen mit dem Mittagessen erwartet. Adieu, Herr Brinkmann.“

Sie reichte ihm nicht einmal mehr die Hand, sondern nickte nur, sich verabschiedend, und entfernte sich mit eiligen Schritten.

Emil Brinkmann stand noch eine Weile auf demselben Fleck und schaute der schlanken, zarten Frauengestalt nach; seine Züge nahmen einen weichen, träumerischen Ausdruck an: seine Brust hob ein tiefer Atemzug, der wie ein Sausen klang. Dann trat er mit rascher Wendung in den Vorgarten und hastete in seine Wohnung. Das Dienstmädchen deckte eben den Tisch, Emil Brinkmann winkte seiner Schwester mit den Fingern ins Nebenzimmer. Hier wandte er sich voll Angst, voll Erregung mit der Frage an sie: „Was war denn? Warum hatte sie denn geweint?“

Emil Brinkmann schritt mit stürmischen Schritten im Zimmer auf und ab. Seine Hände ballten sich, seine Zähne knirschten. Zuletzt zitterte ein heiserer Schmerz in seinen Rippen. Martensde Vorwürfe erhoben sich in seiner Brust. Hatte er nicht rückhaltlos die Wahrheit sagen sollen, unbekümmert darum, wie man es ihm auslegte? Hatte er nicht sie und ihre Eltern warnen sollen, als es noch Zeit war?

„Wie trägt sie es?“ stieß er hervor. „Ist sie sehr unglücklich?“

Grete Brinkmann verneinte. Sie liebte ihn noch und sie hoffte noch immer auf das Glück.“

Er zuckte leise zusammen und drehte sich nach dem Fenster um, so daß seine Schwester sein Gesicht nicht sehen konnte, und schaute angelegentlich nach der Straße hinaus. Ein paar Minuten verstrichen, keines sprach ein Wort. Plötzlich wandte sich Emil Brinkmann ins Zimmer zurück.

„Daß auftragen, ja? Es ist Zeit zum Essen.“

14.

Paul Schöler befand sich andauernd in schlechter Stimmung. Seine Mutter drängte und bestärkte ihn. Warum er noch immer nicht ernst mache? Woran er denn eigentlich noch warte? Mit fünfundsiebenzig Jahren könne man sich doch getroßt verloben! Einen Korb brauche er nicht zu befürchten. Daß Erna von Woltenhagen ihn vor den anderen Herren bevorzuge, daran sei doch kein Zweifel.

Paul aber konnte sich nicht entschließen, das entscheidende Wort zu sprechen. Zuerst, nachdem sein Vater die Geldangelegenheit Werner von Woltenhagens geordnet hatte, hielt ihn die Delikatesse ab, der Schwester des Referendars allzu stürmisch den Hof zu machen. Er mochte sich nicht der Mißdeutung aussetzen, daß er sich, auf das Geldopfer pochend, das sein Vater der Familie des Majors gebracht, bei Erna einschmeicheln, daß er einen unedlen Zwang ausüben wollte.

Dazu kamen die Regungen seines Herzens und seines Gewissens. Seine Begegnung mit Grete Brinkmann, der stürmischen Ausdruck der bei beiden wieder sich erwachten Liebe stimmten ihn auf Wochen nachdenklich und träumerisch. Die Erinnerung an die heimlichen süßen Wertellunden, die er mit Grete verbrachte, an die Liebeschwüre, die sie miteinander getauscht, wurden wieder wach in ihm und erfüllten sein Herz mit süßen Schauern und heißer Sehnsucht, die wieder abgelöst wurden von Zweifeln und qualenden, seelischen Kämpfen. Er konnte sich weder zu dem Entschluß aufrufen, die Konsequenzen seiner Gefühle für die Jugendgeliebte zu ziehen und sich aller Gedanken an Erna v. Woltenhagen und an die Befriedigung des von seiner Mutter in ihm aufgeschalteten Ehrgeizes zu entschlagen, noch besah er die Enschlossenheit, das Gegenüber zu tun, einen Strich durch die Vergangenheit und durch seine Beziehungen zu Grete Brinkmann zu machen und mit aller Entschiedenheit der Erreichung des ihm von seiner Mutter gezielten Bleies nachzujagen.

(Fortsetzung folgt.)

Sozialdemokratische Initiativanträge im Reichstage.

Am Donnerstag hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion diese zweite Serie Anträge eingereicht:

1. Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Steuern und Verbrauchsabgaben auf Streichhölzer, Petroleum und Salz durch eine Reichseinkommensteuer auf Einkommen von über 8000 Mark, oder durch eine Steuer auf Nachlässe von über 20 000 Mark ersetzt.
2. Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag mit größter Beschleunigung eine Novelle zum Gesetz betreffend die Schlichter- und Fleischbeschau vom 8. Juni 1910 vorzulegen, durch welche die Einfuhr von ausländischem Geflügelfleisch, Wachsenfleisch und Wurst ermöglicht wird.
3. Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, einen Gesetzentwurf einzubringen, durch den eine obligatorische Versicherung gegen die Schäden infolge von Viehseuchen durchgeführt wird.
4. Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das gesamte Schulwesen des Deutschen Reiches auf der Grundlage der Einheitlichkeit, der Unentgeltlichkeit und der Weltlichkeit und nach den Richtlinien einer zeitgemäßen wissenschaftlichen Pädagogik regelt.
5. Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das Arbeitsrecht der Privatangestellten (Handlungsgehilfen, Bureauangestellten, Techniker und anderer Angestellter) nach folgenden Grundzügen geregelt wird:
 1. Sinnmäßige Ausdehnung aller für einzelne Kategorien von Angestellten bereits durch Handelsgesetzbuch und Gewerbeordnung eingeführten Schutzvorschriften auf sämtliche Angestellte;
 2. obligatorische Weiterzahlung des Gehalts im Krankheitsfalle bis zum Ablauf der Kündigungsfrist und während militärischer Pflichtübungen bis zu 8 Wochen; Erhöhung des pfändungsfreien Einkommens auf 2500 Mark;
 3. Verbot des Kost- und Logiszwangs, monatliche Mindestfrist für Kündigung von Dienstwohnungen;
 4. Sicherung der Dienstkautionen;
 5. Anspruch auf jederzeitige Ausstellung eines Zeugnisses über die Tätigkeit in einem Spezialfach;
 6. Verbot und Nichtigkeit der Konkurrenzklausel;
 7. Sicherung des Anspruchs auf Gratifikationen, Tantiemen usw. für den Fall der Kündigung vor dem gewöhnlichen Fälligkeitstermin, Nichtigkeit solcher Vereinbarungen, durch die das Gehalt während der Kündigungsfrist gemindert oder ausgeschlossen wird;
 8. volle Koalitionsfreiheit;
 9. Eigentumsrecht an Erfindungen und Sicherung eines angemessenen Anteils am Ertrage derselben;
 10. Errichtung von Angestelltenausschüssen, deren Mitglieder in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl zu wählen sind, in Betrieben mit mindestens 10 Angestellten; Einführungen von Arbeitsordnungen für diese Betriebe;
 11. tägliche Höchstarbeitszeit von 8 Stunden: 36 stündiger ununterbrochener Ruhetag in der Woche, der den Sonntag einschließt, sofern das die Aufrechterhaltung des Betriebes gestattet; Kontor- und Bureauabschluss um 7 Uhr abends; Schluß der offenen Verkaufsstellen um 8 Uhr abends; zwölfstündige ununterbrochene Ruhezeit bis Arbeitsende und Arbeitsbeginn; zusammenhängender Sommerurlaub von 14 Tagen unter Gehaltsfortzahlung nach einjähriger Beschäftigung;
 12. hygienische Vorschriften für die Arbeitsräume;
 13. Ausdehnung der Kaufmanns- und Gewerbegerichte auf sämtliche Angestellte;
 14. Ausdehnung der Gewerbeinspektion auf die Angestellten durch Anstellung besonderer Beamten unter Zuziehung der Angestellten.
6. Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die Rechts- und Arbeitsverhältnisse der Straßenbahn- und Arbeiterverhältnisse zu regeln, daß diese Verkehrsbedienlichen der Gewerbeordnung unterstellt werden. Im einzelnen wird für diese Regelung mindestens gefordert:
 1. der tägliche Achtstundendienst,
 2. eine regelmäßige 36 stündige Ruhezeit in der Woche,
 3. freies Koalitionsrecht und
 4. staatliche Gewerbeaufsicht
 für das gesamte Fahrpersonal der Straßenbahnen.
7. Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund des § 120 f der Gewerbeordnung eine Bundesratsverordnung zu erlassen, welche Bestimmungen zum Schutze der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter vorschreibt, vor allem Anordnungen trifft über:
 1. Festlegung eines jährlichen Maximalarbeitstages (§ 120 f der Gewerbeordnung) für alle Betriebsabteilungen, in welchen giftige Stoffe hergestellt oder verarbeitet werden;
 2. Einschränkung der Überarbeit und Verbot der überlangen Wechselshiften;
 3. Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages für die an Sonn- und Festtagen Beschäftigten;
 4. Verbot der Afordarbeit für Arbeiter, die mit giftigen, feuer- und explosionsgefährlichen Stoffen zu hantieren haben;
 5. Belehrung der Arbeiter über die Gefahren bei der Bearbeitung von giftigen, feuergefährlichen und explosionsfähigen Stoffen, sowie über die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Arbeiter;
 6. Normalvorschriften für sanitäre Einrichtungen der Arbeitsräume, Wasch- und Badeanstalten; Ankleide- und Speiseräume;
 7. ständige Untersuchung und Beobachtung der Betriebs- und der Arbeiter durch beamtete Kräfte;
 8. Zuziehung von Arbeiterkontrollen zur Mitüberwachung der Arbeiterichung- und Unfallverhütungsvorschriften.
- 8.) Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher Bestimmungen zum Schutze der in Schmelzen, Hessemer, Thomas-Martin, Buddel, Wals, Hammer- und Brechwerfen, sowie anderen Verfeinerungsbetrieben der Hüttenindustrie beschäftigten Arbeiter enthält und insbesondere vorschreibt:
 1. eine Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden pro Tag;

dafür bedingende indirekte Steuern aufgehoben würden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Für eine Gesundung unserer Volkswirtschaft ist ferner der lückenlose Abbau der Schutzzölle notwendig. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die kräftigen Worte des Grafen Posadowsky über die absolute Unzulänglichkeit unserer Diplomatie beruhen jedenfalls auf Erfahrung. Wir verlangen eine Außenpolitik, die nicht fremde Staaten einzuschüchtern, sondern in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern der Welt die großen Probleme der nächsten Zukunft zu bewältigen sucht (Sehr gut! bei den Soz.). Rautschou sollten wir den Chinesen zurückgeben, die dafür die Kosten tragen würden, dann würden wir uns dies große Volk zu Freunden machen. Leider herrscht bei uns die imperialistische Politik, die uns in diesem Sommer in Marokko in die größte Gefahr gebracht hat. Herr v. Ribbentrop-Waechter hat es in der Budget-Kommission so dargestellt, als ob die Regierung niemals die Absicht gehabt hätte, Gebiet in Marokko zu erwerben. Durch Jugenausgaben in dem Grenzbotenprozeß ist aber etwils behauptet worden, Herr v. Ribbentrop habe zu dem Alldutschen gesagt, das alldutsche Verlangen auf Marokko sei durchaus berechtigt. Und Unterstaatssekretär Zimmermann hat nach Aussagen in diesem Prozeß Herrn Claß mitgeteilt, daß die Regierung zwei Vorkipfel nach Agadir geschickt habe (Hört, hört! bei den Soz.), deutsche Firmen seien veranlaßt worden in Berlin den Schutz der Regierung anzunehmen (Hört, hört! bei den Soz.). Durch diese eibliche Aussage ist der Staatssekretär verbrecherischer Untriebe bezichtigt, die das Deutsche Reich in einen Krieg hätten verwickeln können. Ich fordere die Regierung auf, zu erklären, ob vor Gericht die Unwahrheit gesagt worden ist, oder ob derartig verbrecherische Dinge geschehen sind. (Unruhe rechts.) Eine alldutsche Bewegung ist auf jeden Fall dem Reichskanzler sehr bequem gewesen; er hat sie ausgenutzt. Nach gestern hat er daran erinnert. Nach all dem, was nachher gekommen ist, war aber die ganze „patriotische Bewegung“ entweder sinnlos oder hervorgerufen durch ein verbrecherisches Treiben der Regierung.

Präsident Kämpf: Ich bitte Sie wiederholt, sich zu mäßigen und nicht der Regierung verbrecherische Absichten zu unterstellen.

Lebedour (Soz.): Derselbe Reichskanzler hat gegen den Abg. v. Heydebrandt sehr treffend gesagt: „Um utopischer Eroberungspläne und um Parteizwecke willen die nationalen Leidenschaften bis zur Seelstiche zu bringen, heißt den Patriotismus kompromittieren.“ Diese Worte richten sich gegen den Reichskanzler selbst, wenn er den Patriotismus mißbraucht zu Parteizwecken. (Sehr gut! b. d. Soz.) Bei der Besprechung der auswärtigen Politik halten wir es auch für unsere Pflicht, Protest einzulegen gegen die unwürdige Unterdrückung des eigenen Volkes, die vom Jaren und seinen Schergen fortgesetzt vorgenommen wird. (Zuruf rechts.) Zwar, auch im Deutschen Reichstag soll die Stimme des europäischen Gewissens gegenüber Barbarei und Brutalität ertönen. (Bravo! links.) In der Kolonialpolitik müssen wir protestieren gegen den Erlaß des Staatssekretärs Dr. Solf, der in Samoa die Ehen zwischen Weißen und Samoanern verbietet. Dadurch werden die Samoanerinnen entmündigt, zu einer Prostituiertenherde für die weißen Beamten und Pflanzer. Ich erwarte, daß auch das Zentrum gegen diese obrigkeitlich erzwungene Unsitte protestieren wird, nicht mögen uns die Herren um Noeren in Zukunft mit Reden gegen die Unsitte verwehren. (Sehr gut! b. d. Soz.) Was nun die gegen uns erhobenen Vorwürfe betrifft, so hat man hier einmal vom „sozialdemokratischen Terrorismus“ gesprochen. Das tut ein Vertreter derselben Regierung, die ihre Beamten, die Eisenbahnarbeiter auf das unerhörteste terrorisiert! Wir verlangen demgegenüber Sicherstellung der Arbeiter gegen jeden behördlichen Druck. Der Reichskanzler hat hinterherum Angriffe auf das letzte Reichstagswahlrecht gerichtet, aber an dem verfassungswidrigen Zustand der letzten Wahlkreisenteilung will er nicht rühren. Die Verfassung schreibt vor, daß auf je 100 000 Einwohner ein Abgeordneter kommen muß und man bricht die Verfassung, wenn man sich weigert, dieser Bestimmung Geltung zu verschaffen.

Präs. Kämpf: Sie dürfen dem Herrn Reichskanzler im deutschen Parlament nicht Verfassungsbruch vorwerfen, ich muß Sie dieserhalb zur Ordnung rufen.

Lebedour (Soz.): Graf Posadowsky sagte, die Sozialdemokratie könne nicht mit Gewalt allein bekämpft werden. (Abg. Graf Posadowsky: Das habe ich nicht gesagt.) Mehrere von uns haben das gehört, aber ich will davon absehen. Im übrigen will Graf Posadowsky die Sozialdemokratie durch Belehrung bekämpfen. Derselbe Mann aber hat in seinen Wahlversammlungen keine Redefreiheit zugelassen. In unsern Versammlungen ist die freie Diskussion ganz selbstverständlich. (Abg. Graf Posadowsky: Ich bin eben kein Sozialdemokrat.) Ja, eben darin steht man den Unterschied der politischen Moral. (Unruhe.)

Präsident Kämpf: Ich bitte nun doch die Zwiesgespräche zu unterlassen.

Lebedour fortfahrend: Zu Zwiesgesprächen gehören immer zwei. (Heiterkeit.) Graf Posadowsky meint, die Revisionen hätten die weltliche Aufgabe, die Sozialdemokratie allmählich zu läutern, bis sie eine bürgerliche Partei im Sinne der Liberalen oder der Nationalliberalen oder des Zentrums oder der Rechten, oder ich weiß nicht, welcher Partei geworden sind. Der Mann, der eine solche Idee hier auspricht, ist der größte Phantast, den man sich vorstellen kann. Und er wirft uns phantastische Ziele vor. Er sagt die sozialdemokratische Ideenwelt als eine Art entarteter Bureaukratie auf, die auf ein großes Reichszucht-haus hinauslaufe. Für uns ist es eine Offenbarung, daß Graf Posadowsky absolut nicht einzudringen vermocht hat in die sozialistische Ideenwelt. Ich hoffe, es ist außer ihm niemand im Hause, der derartiges glaubt. Und ich habe deshalb nicht nötig, weiter darüber zu reden. Die Sozialdemokratie ist ein Produkt unserer Entwicklung, nicht etwa ein Produkt irgendwelcher Hegardheit (Heiterkeit im Zentrum) auch nicht irgend welcher Fehler der Regierung oder der bürgerlichen Gesellschaft. Diese fördern die Entwicklung zur Sozialdemokratie, aber die treibende Kraft ist die kapitalistische Entwicklung, die die großen Massen des Volkes proletariert und in ihnen den Freiheitsdrang, das Klassenbewußtsein und das Streben erzeugt hat, sich von aller Unterdrückung und Ausbeutung zu befreien. Die praktische Betätigung dieses Strebens ist auf politischem Gebiet die Sozialdemokratie und auf wirtschaftlichem die Gewerkschaftsbewegung. Diese Bewegung wird fortwachen und fortgedeihen, ihrem Ziel entgegen, ganz gleichgültig, was Regierung, Unternehmer oder die bürgerlichen Parteien dagegen unternehmen. Sie können vielleicht an einzelnen Stellen die Bewegung hemmen — aber die Sozialdemokratie wird diesen Widerstand schließlich mit einem gewaltigen Ruck überwinden. Denn in diesen Kämpfen der Sozialdemokratie klärt sich das Volk auf über seine Aufgaben und Ziele; es festigt seine Überzeugungen, seine Entschlüsse, seine Tatkraft und seine Fähigkeit, das Ziel der Sozialisierung der Gesellschaft zu erreichen. Wir sind nicht so töricht, zu glauben, daß das ganze Klassenempferber des Proletariats an sich aus edleren, besseren oder höherer Menschen besteht, als die anderen

Parteien; wir sind uns der der langen wirtschaftlichen Unterdrückung und der Zurückdrängung der geistigen Entwicklung des Proletariats geschuldeten Mängel vollkommen bewußt. Aber das Proletariat streift sie von Jahr zu Jahr mehr ab, es macht sich von Jahr zu Jahr reifer für die große Aufgabe, die keiner in der sozialistischen Gesellschaft harret. Die Aufgabe der Vertreter der Sozialdemokratie ist es nur, diesem Wunsch und Willen als Wortführer zu dienen und dafür zu sorgen, daß dieser entschlossene Wille der Proletariermassen an denjenigen Orten, wo wir als Vertreter des Volkes aufzutreten haben, in die Tat umgesetzt werde. (Bravo! b. d. Soz.) Selen Sie überzeugt, daß in der Sozialdemokratie zusammengeschlossene deutsche Proletariat wird mit seinen Brüdern in den anderen Ländern fortschreiten von Entwicklungsstufe zu Entwicklungsstufe bis die Zeit gekommen ist, da die wirtschaftliche Entwicklung selbst soweit gediehen sein wird, daß der Übergang der kapitalistischen in die sozialistische Ordnung eine zwingende Notwendigkeit geworden ist. Wir sehen mit Freude, wie das Klassenbewußte klarsehende Proletariat in diesen Kämpfen stets und ständig mehr die selbe Knechtsgebärde der früheren Zeiten abstreift, wie es sich zu dem Selbstbewußtsein freier Männer und der Kämpfer für ein großes Ideal durchringt, und wie alle diese Proletariermassen sich mit dem stolzen Bewußtsein erfüllen und dafür kämpfen; in unseren Händen, in den Händen der deutschen Sozialdemokratie, der internationalen Sozialdemokratie ruht die Zukunft und das Wohl unseres Vaterlandes und der ganzen Welt! (Stürmischer Beifall b. d. Soz.)

Präsident Kämpf: Sie haben die Vertreter der verbündeten Regierungen verbrecherischer Untriebe bezichtigt. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Lebedour: Ich habe gesagt, entweder haben die Herren einen Meineid geschworen, oder —

Präsident Kämpf: Sie können schriftlich Beschwerde gegen den Ordnungsruß einlegen.

Staatssekretär des Auswärtigen von Ribbentrop-Wächter: Wenige Tage ehe das Schiff nach Agadir ging, habe ich mit Dr. Claß, dem Führer der Alldutschen, gesprochen, und ihm gesagt, wir werden demnach die Marokkoangelegenheit in Fluß bringen, wünschen aber nicht, daß in der Presse Geklärt davon gemacht wird, er solle vorsichtig sein. Auch später hat Unterstaatssekretär Zimmermann ihm ausdrücklich auseinandergesetzt, daß wir nicht Teile von Marokko haben wollen. Daß ich Dr. Claß gesagt hätte, wir wollten Teile von Marokko, hat er selbst in authentischer Weise nicht geküßert, es wäre auch nicht berechtigt gewesen. Eine dritte Unterredung hatte ich mit Dr. Claß, als ich mit dem französischen Vorkäufer schon ziemlich einig war und angelächelt der chauvinistischen Stimmung der französischen Presse wünschte, auch hel uns möchte eine patriotische Stimmung für unser Recht eintreten. (Hört, hört! bei den Soz.) Dr. Claß wünschte mich zu sprechen, um zu wissen, was er nachher in einer Versammlung der Alldutschen sagen sollte. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Daß wir Lockspiegel nach Agadir geschickt hätten, ist eine Behauptung, die ich erst gar nicht zurückweisen will. Solche Behauptungen sind auch nicht von Herren gekommen, mit denen ich gesprochen habe; diese sind bedauerlicherweise nicht vernommen worden.

Gröber (Ztr.) tritt für ein Minister-Verantwortlichkeitsgesetz ein, das vor allem prophylaktisch wirken würde. Die Wahlprüfungen dürfe der Reichstag sich nicht aus der Hand nehmen lassen. Zur Änderung des Wahlgesetzes steht er keinen Anlaß, man dürfe nicht der städtischen Bevölkerung das Übergewicht über die ländliche geben. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) In der gesetzlichen Bestimmung, 1 Prozent der Schulden aus den Überschüssen zu tilgen, muß festgehalten werden, aber über weitere und speziell so bedeutende Überschüsse wie die des Jahres 1911 müssen wir uns die Bestimmung vorbehalten, zurzeit so hoher Überschüsse können wir doch nicht neue Steuern bewilligen. (Sehr richtig! im Ztr.) Die Bewilligung der Militärforderungen können wir keineswegs als eine bloße Vertrauensfrage für die Militärverwaltung aufassen. (Lebhafte Zustimmung links und im Zentrum.) Der Reichskanzler forderte von den bürgerlichen Parteien Einigkeit; da darf er doch nicht den Zankapfel der Erbschaftsteuer wieder zwischen sie werfen. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) — Sozialpolitik werden wir treiben, nicht aus Furcht vor den großen Wählermassen in der Sozialdemokratie, sondern aus Gerechtigkeit, wie es das Zentrum von jeher getan hat. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Zur Überwindung der Sozialdemokratie braucht man nicht nur Aufklärung, sondern vor allem Religion. Deshalb darf man die Religionen nicht verfolgen, wie es in Preußen geschieht, wo schon zwei Ordensbrüder für eine Ordensniederlassung erklärt wurden. (Zuruf bei der Vpt.) Wenn schon zwei eine Niederlassung ergeben, hat die Volkspartei gegenwärtig eine Niederlassung auf dem Präsidentensstuhl. (Schallende Heiterkeit bei der Vpt.: Vorübergehend.) Es gibt auch vorübergehende Niederlassungen. Zur Überwindung der Sozialdemokratie muß Staat und Kirche, Schule und Staatsverwaltung sich gegenfeitig stützen. (Lebh. Beifall im Zentr.)

Kolonialstaatssekretär Dr. Solf verteidigt den in Samoa gegen die Mischehen gerichteten Erlaß, für den besonders die Samoaner dankbar sind, bei denen es weniger Frauen wie Männer gäbe. Weiße betreten Samoanerinnen nur, weil sich diese nicht mehr zum Konkubinat hergeben, dank der Missionstätigkeit (Bravo! im Zentr.), oder um eine Haushälterin und eine bequeme und billige Wäscherin zu bekommen oder um durch eine Häuptlings Tochter zu Landbesitz zu kommen. (Zuruf b. d. Soz.: Ganz wie bei uns!) Auf die hiesigen Verhältnisse kann ich nicht eingehen, ich habe bloß die Kolonien hier zu vertreten. (Große Heiterkeit.)

Reichschatzsekretär Wermuth wendet sich lebhaft gegen eine Wiederkehr der alten Pumpwirtschaft, wie sie Herr Gröber befürwortet, wenn er die Überschüsse nicht zur Schuldentilgung verwenden wolle. Für neue indirekte Steuern wird im Reichstag gegenwärtig kaum Einigkeit vorhanden sein. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Vermögens- und Einkommensteuer wollen die Regierungen nicht in Anspruch nehmen, und wenn wir das in der Mitte liegende Gebiet beschreiten wollen, stellt das Zentrum die Warnungstafel auf: Brüskierung strengstens unterlagt. (Heiterkeit links.) Wenn die Nation alles an ihre Ehre legen soll, darf man hinter dies alles doch kein Fragezeichen legen, indem man die Bereitschaft zu Opfern abhängig macht von der Form dieser Opfer. (Beifall u. Sehr gut! b. d. Vpt.)

Hierauf wird die Debatte vertagt.

Persönlich beklagt sich Abg. Mumm (Wirtsch. Brgg.) Lebedour hätte ihm Mummig vorgeworfen; im übrigen hält er seine Behauptungen über den früheren Abg. Severing aufrecht.

Lebedour: Das Wort Mummig ist als Zwischenruf aus dem Hause ertönt. Die Darstellung des Falles Severing, die ich aus dem Reichstagsblatt gegeben habe, steht in direktem Widerspruch zu der Darstellung des Abg. Mumm.

Nächste Sitzung: Montag 2 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung.
Schluß 7/8 Uhr.

2. für Wechselschichten die Festsetzung einer ununterbrochenen Ruhezeit von 16 Stunden;
 3. Einschränkung der Überarbeit. Dieselbe ist in der Regel auf Arbeiten zur Fortsetzung des Betriebes oder zur Sicherung gegen Unfälle und zur Rettung von Menschenleben zu beschränken;
 4. strenge Durchführung der zum Schutze der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen und Unfallverhütungsvorschriften. Den mit der Aufsicht der Hüttenbetriebe betrauten Gewerbeaufsichtsbearbeiter ist vollzeitliche Strafbefugnis zu gewähren. Verbot selbständiger Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Lehrlinge an allen mit elementarer Kraft betriebenen Maschinen, die besondere Betriebsgefahren bieten; Verbot der besonders gesundheitsgefährlichen Frauenarbeit;
 5. Bestimmungen über Heizung, Beleuchtung, Ventilation, Trinkwasser- und Abwasser- und Ankleideräume, Speise- und Aufenthaltsräume und Bedürfnisanstalten;
 6. Sicherstellung des Arbeitslohnes bei Auftragsarbeiten und Beseitigung des Arzimentsystems.
- Das Reichsamt des Innern wird ersucht, bei der Ausarbeitung solcher Bestimmungen, Hüttenarbeiter oder deren Vertreter gütlich zu hören.
9. Der Reichstag wolle beschließen:
- die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Reichsversicherungsordnung so geändert wird, daß
1. den Versicherten in den Ortskrankenkassen ein Selbstverwaltungsrecht in dem Umfang gegeben wird, wie es im Krankenversicherungsgesetz gegeben war,
 2. die Versicherungsämter selbständige Behörden werden,
 3. die Versicherungsvertreter und Beisitzer bei den Versicherungsbehörden von den Versicherten und den Unternehmern in getrennten Wahlgängen mittels des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts unter Anwendung der Verhältniswahl gewählt werden,
 4. die Krankenversicherung auf alle Angestellten mit einem Jahresgehälte von weniger als 5000 Mk. ausgedehnt wird,
 5. in allen Versicherungsweigen der volle Arbeitsverdienst der Versicherung zugrunde gelegt wird,
 6. allgemeine Ortskrankenkassen die alleinigen Träger der Krankenversicherung werden,
 7. Erleichterung zur Erlangung und Erhöhung der Beiträge, insbesondere:
 - a) größere Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen,
 - b) Erleichterung der sogenannten Gewerbekrankheiten einschließlich der klimatischen Krankheiten der Seelente als Betriebsunfall,
 - c) Erleichterung zur Erlangung der Invalidenrente,
 - d) Gewährung der Altersrenten bei Vollendung des 65. Lebensjahres,
 - e) Erhöhung der Hinterbliebenenrente,
 8. eine andere Verteilung der Lasten durch größere Vereinfachung von Reichsmitteln herbeigeführt wird.

Aus der Partei.

In einem politischen Prozeß, in dem der Genosse Landtagsabgeordnete Auer-Wünchen wegen angeblicher Beleidigung einiger Zentrumspolitiker angeklagt ist, und der in seiner zehnjährigen Verhandlung interessante Streiflichter auf die Zentrumsmachenschaften warf, beantragte der Staatsanwalt Sonnabend zwei Monate Gefängnis. Am Montag werden die Blädder gehalten.

Aus dem Gerichtssaal.

Eine Anklage gegen Anarchisten zusammengebrochen. Im Oktober vorigen Jahres wurden in verschiedenen deutschen Städten, darunter auch in Hamburg, eine Reihe von aufsehenerregenden Verhaftungen vorgenommen. Es handelte sich um zehn Angehörige der anarchistischen Föderation. Da die Verhaftungen erfolgten im Zusammenhang mit einer Desertionsgeschichte, so verurteilte damals schon die Scharfmacherpreise triumphierend, daß diese Anarchisten sich der antimilitaristischen Propaganda schuldig gemacht hätten. Über vier Monate haben acht von diesen „Verbrechern“ dann in Untersuchungshaft zubringen müssen und nun stellt es sich heraus, daß die gegen sie erhobenen schweren Vorwürfe vollständig hinfällig sind. Der am Freitag vor dem Berliner Landgericht verhandelte Prozeß bedeutete eine eklatante Niederlage der Staatsanwaltschaft. Sie hat nämlich ihre Anklagen gestrichelt und verfochten auf Grund der Angaben eines Geisteskranken! Über den für unsere Redaktionspflege charakteristischen Prozeß ist im einzelnen folgendes zu berichten: Unter Anklage standen: Handlungsgehilfe Väder (Hamburg), Buchbinder Böttcher (Berlin), Schneider Broß (Düsseldorf), Bäcker Dremß (Hamburg), Metallarbeiter Häusler (Düsseldorf), Tapezierer Klemmeyer (Berlin), Schneider Klingner (Eberfeld), Plisterer Püllen (Krefeld), Böttcher Schreyer (Hamburg), Näherin Ludwig (Berlin). Die Anklage lautete auf Begünstigung der Fahnenflucht eines Soldaten. Sie stützte sich lediglich auf die Angaben des Fahnenflüchtigen Nürnberger, der seinerzeit nach einer dreiwöchigen Beobachtung im Militärlazarett zu Mainz von den Militärärzten als Geisteskranker erkannt wurde, der seit seiner Jugend infolge von Degeneration irre ist. Infolge dieses Gutachtens ist Nürnberger auf Grund von § 51 des Strafgesetzbuches (Ausschluß der freien Willensbestimmung) von der Anklage der Fahnenflucht freigesprochen und als unbrauchbar vom Militär entlassen worden. Trotzdem ist ihm, soweit er die Angeklagten belastet, Glauben beizumessen, sagt die Staatsanwaltschaft in der Anklageschrift für das gegenwärtige Verfahren. Wie die Verhandlung ergab, hat sich die der Anklage zugrunde liegende Angelegenheit folgendermaßen abgepielt. Nürnberger diente im 3. Eisenbahnregiment in Hanau. Vom 14. bis 17. Juni 1911 war er wegen der Hochzeit seiner Schwester auf Urlaub in Berlin. Nach Ablauf des Urlaubs kehrte er nicht wieder zu seinem Regiment zurück, sondern kaufte für das von seiner Mutter erhaltene Geld Zivilkleider, die er im Abzug eines Schanklozals mit der Militärkleidung vertauschte. Nürnberger teilte seiner Großmutter mit harmloser Miene mit, daß er nicht wieder zum Regiment zurückkehren wolle. Die Großmutter machte ihm diese Absicht auszuweisen, aber er blieb bei seinem Vorhaben. Nun erschien ein junger Mann namens Boland, der gab dem Nürnberger die Adresse Klemmeyer's mit dem Bemerkten, Klemmeyer werde ihm weiterhelfen. Am folgenden Tage ging Nürnberger zu Klemmeyer in die Redaktion des „Freien Arbeiters.“ Was nun folgt, hat sich nach Darstellung der Angeklagten so abgepielt: Als Nürnberger bei Klemmeyer erschien, betraf er sich auf Boland und sagte, daß er vom Militär ausgesetzt sei. Klemmeyer wollte mit der Sache nichts zu tun haben. Er suchte den Nürnberger loszumachen. Am nächsten Tage erschien Nürnberger wieder bei Klemmeyer. Dieser

lehnte es aber mit aller Entschiedenheit ab, ihm Unterkunft zu gewähren. Während Klemmeyer mit Nürnberger sprach, erschien der Angeklagte Böttcher mit seiner Braut, Fräulein Ludwig. Als Böttcher hörte, es handle sich um einen vermeintlichen Gefinnungsgenossen, der Unterkunft suche, bezog er seine Braut, Nürnberger in ihrer zurzeit leerstehenden Wohnung, in der Althauerstraße aufzunehmen, was auch geschah. Weiter ist Böttcher mit der Angelegenheit nicht in Verbindung gekommen. In Fräulein Ludwig's leerstehender Wohnung hat sich Nürnberger vier Tage aufgehalten. Seine Angabe, er sei vom Militär ausgesetzt, hat sie nicht für glaubwürdig gehalten. Von hier aus reiste Nürnberger nach Hamburg und suchte dort den Angeklagten Schreyer auf, dessen Adresse er im „Freien Arbeiter“ gelesen hatte. Schreyer war in seiner Wohnung nicht anwesend, sondern ein unbekannter gebliebener Mann, den Nürnberger, der sich auf Klemmeyer berief, für Schreyer hielt. Nach Verhörung der Anklage soll Klemmeyer den Nürnberger nach Hamburg empfohlen haben, damit ihm die dortigen Anarchisten zur Flucht ins Ausland verhelfen sollten. Schreyer, Dremß und Väder sollen auch in diesem Sinne tätig gewesen sein. Nürnberger ist dann der Reihe nach in Düsseldorf, Krefeld, Eberfeld und wieder in Düsseldorf gewesen. Vorübergehend war er auch in Alstedt. In den genannten Städten ist er bei den angeklagten Mitgliedern der anarchistischen Föderation gewesen und hat um Rat nachgesucht, ohne jedoch anzugeben, daß er Deserteur sei. Er wurde lediglich, weil man in ihm einen mittellosen Gefinnungsgenossen sah, unterstützt. In Düsseldorf beging Nürnberger eine Handlung, wie man sie nur von einem Geisteskranken erwarten kann. An einem Mann schrieb er einen Brief, worin er verlangte, der Adressat sollte an einer bestimmten Stelle binnen 10 Minuten 30 Mark niederlegen, anderenfalls werde seine Tochter entführt werden. Unterzeichnet war der Brief „Der Vorsitzende der Schwarzen Taube“. Dieses Mandat führte zur Verhaftung Nürnbergers. Und dieser geisteskrante Mensch, den die Militärjustiz freigesprochen hatte, war der Kronzeuge der Staatsanwaltschaft! Bedinglich auf seinen Angaben baute sich die Anklage auf! Trotzdem in der Hauptverhandlung sich die belästigten Aussagen Nürnbergers als hinfällig erwiesen, ja, trotzdem dieser sie selbst zurücknahm, hielt der Staatsanwalt die Anklage doch gegen drei der Beschuldigten aufrecht. Klemmeyer, Böttcher und Fräulein Ludwig hätten gewußt, daß es sich um einen Fahnenflüchtigen handelte, sie seien wegen Beihilfe zu bestrafen, und zwar Klemmeyer mit 1 Jahr 6 Monaten, Böttcher mit 9 und Fräulein Ludwig mit sechs Monaten Gefängnis. Das Gericht kam jedoch zur Freisprechung sämtlicher Angeklagten. Es könne keine Beihilfe angenommen werden, weil überhaupt keine strafbare Handlung vorgelegen habe, da Nürnberger schon zur Zeit der Fahnenflucht geisteskrank gewesen sei. Soweit der Prozeßbericht. Das ganze Verfahren läßt unsere Rechtspflege, besonders die Voruntersuchung, in sehr eigenartiger Weise erscheinen. Die Angaben eines Geisteskranken hält die Staatsanwaltschaft für ausreichend, um daraufhin acht Unschuldige über vier Monate lang einzuperrnen und dann ein hochnotpeinliches Verfahren gegen sie zu eröffnen. Kein Wunder. Sind doch in der Voruntersuchung nicht einmal die Kräfte gehört worden, die den Zeugen früher beobachtet und für geisteskrank erklärt haben! Der tiefere Grund für die Erhebung der Anklage wird doch wohl nicht darin zu suchen sein, daß die Beschuldigten der anarchistischen Föderation angehören?

Ein Nachspiel zum Bochumer Kassenraub. Im September vorigen Jahres wurde in Bochum ein Kassenraub verübt, durch den der Bergarbeiterverband um insgesamt 35 000 Mk. geschädigt worden ist. Am Abend des 17. September erhielt der Hauptkassierer des Verbandes, Genosse Horn, ein Telegramm aus Zwickau: „Lieber Vater! Komme sofort; schwer erkrankt. Paul.“ Horn, in der Meinung, er werde zu seinem plötzlich erkrankten Sohne gerufen, machte sich noch abends auf die Reise. Wie sich später herausstellte, hatte es sich um ein gefälschtes Telegramm gehandelt, das lediglich aufgegeben worden war zu dem Zweck, Horn vom Sitze des Verbandes wegzulocken und eine Verabredung des Kassenvermögens zu erleichtern. Als am andern Tage Beamte des Verbandes das Kassenzimmer betreten, fanden sie zwei Kisten erbrochen; eine Kasse fehlte, und die Fenster an der Rückseite des Gebäudes standen offen. Man nahm anfangs an, daß ein regelrechter Einbruch stattgefunden habe; aber schon bald wurde ermittelt, daß ein Angestellter des Verbandes, der Hilfskassenbeamte Kreis, der inzwischen flüchtig geworden war, als Täter in Frage kommen könne. Die Verfolgung des Kreis, dessen Spuren nach Brautien weiten, ist bisher ergebnislos gewesen. Die Behörden ermittelten aber die Aufgebin des geheimnisvollen Telegramms in der Person der Frau Mathias Bachhuhn. Mit dieser Frau hatte Kreis schon seit längerer Zeit engere Beziehungen unterhalten. Die Bachhuhn betritt anfangs zwar die Aufgabe des Telegramms, später mußte sie aber zugeben, im Auftrage des Kreis gegen eine Vergütung von 100 Mark nach Zwickau gefahren zu sein und die Depesche auf den Draht gebracht zu haben. Von einem beabsichtigten Kassenraube habe sie nicht die mindeste Ahnung gehabt. Die Staatsanwaltschaft stellte sich auf einen andern Standpunkt. Sie erhob gegen die Frau Bachhuhn Anklage wegen Urkundenfälschung und wegen Beihilfe zu dem von Kreis verübten Diebstahl. Die Strafkammer in Bochum verurteilte die Angeklagte wegen gewinnflüchtiger Urkundenfälschung im Sinne der §§ 267 und 268 Abs. 1 des Strafgesetzbuches zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, die Aufgabe des gefälschten Telegramms stelle sich als eine äußerst rohe und gemeine Tat dar. Von der Anklage der Beihilfe zum Kassenraube habe die Angeklagte mangels Beweises freigesprochen werden müssen, obwohl sie in höchstem Grade verdächtig erscheine, dabei mitgewirkt zu haben.

Die Leiden eines unehelichen Kindes. Die Strafkammer in Solingen verurteilte den Korrespondenten Eduard Müller aus Solingen wegen fortgesetzter Missetatung seines Stiefkindes zu neun Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte das 3½-jährige Mädchen, ein augereheliches Kind seiner Frau, für das monatlich 50 Mk. Erziehungs- und Pflegekosten gezahlt wurden, fortgesetzt mit einer dicken Latte derart geschlagen, daß es, als die Polizei einschritt, am ganzen Körper mit blauen und blutunterlaufenen Striemen bedeckt war. Auch am Kopf wies es mehrere blutende Verletzungen auf. Der Staatsanwalt hatte gegen Müller 2½ Jahre Gefängnis beantragt.

Ein Streikbrecher vor dem Kriegsgericht. In einem Strafverfahren in Dagen in Westfalen war ein Ausländer ausgebrochen und einer der ausländischen Arbeiter soll zu einem Arbeitswilligen gesagt haben: „Wenn Du anfängst, ichlage ich Dir die Knochen kaput.“ Das wurde als Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung aufgefaßt. Da der Arbeiter mittlerweile beim 81. Infanterieregiment eingestellt worden ist, so hatte das Kriegsgericht in Frankfurt a. M. über den Fall zu urteilen. Es erkannte auf einen Monat Gefängnis. — Das Urteil zeigt, daß auch die Kriegsgerichte den Streikbrecher mit schweren Freiheits-

strafen gegen die „Streikbrecher“ zu pflegen bestrebt sind. Ob die Herren Kriegsgerichtsbräute aber eine Ahnung davon haben, was es für die Arbeiter heißen will, sich menschenwürdigere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erkämpfen, ist sehr fraglich.

Aus Nah und Fern.

Todessprung von der Düsseldorf-Rheinbrücke. Sonnabend vormittag stürzte sich der fünfundsiebzigjährige verheiratete Schneidermeister Stubert von der dortigen Rheinbrücke in den Rhein und ertrank. Der Grund des Selbstmordes ist unbekannt. Kurz darauf unternahm ein unbekanntes, etwa siebzehnjähriges Mädchen einen Selbstmordversuch, indem es ebenfalls von der Rheinbrücke herabsprang. Das Mädchen wurde lebend aus den Fluten herausgezogen. Es ist anscheinend irrsinnig.

Brandunglück in einem Kinematographentheater. In einem Alarcoster Kinematographentheater hat am Freitag eine Brandunglück mehrere Menschenleben gefordert. Infolge eines Defektes in der elektrischen Leitung brach im Kinematographentheater Panitzsch während der Vorstellung Feuer aus, das rasch um sich griff und bald den ganzen Zuschauerraum in Flammen hüllte. Im Publikum entlief eine furchtbare Panik. Alles drängte nach dem Ausgang. Viele Frauen wurden ohnmächtig und niedergebrosen. Auch viele Kinder wurden in dem Gedränge schrecklich zugerichtet. Drei Kinder wurden durch Stöße zertrümmert. Da jeder auf seine eigene Rettung bedacht war und alles, was in den Weg kam, niedergebrosen wurde. Eine Lehrerin, deren einziges Töchterchen ums Leben gekommen war, wurde aus Schmerz darüber wahnsinnig. Der Besitzer des Theaters hat sich nach der Katastrophe erschossen.

Christliche Duldsamkeit. Der Protest Jathos gegen die Entscheidung des Synodalvorstandes über die Wahl Jathos zum Presbyter der evangelischen Gemeinde in Köln ist von der Provinzialsynode ohne nähere Begründung zurückgewiesen worden. Da es eine weitere Beschwerdeinstanz nicht gibt, ist der Genannte Jathos in das Presbyterium endgültig unmaßlich gemacht. — In diesen Tagen klagte ein Barret in der „Vossischen Zeitung“, daß die Begründung der vor Jahresfrist erfolgten Amtsentsetzung Jathos' jetzt noch nicht veröffentlicht worden sei, obwohl die Kritik hierfür geistlich festliche und längst veröffentlicht sei. Die Begründung scheint bedenkliche Lücken zu haben.

Wie Proletarier sterben. Unser Brandenburger Partesbureau berichtet nach Mitteilungen bürgerlicher Blätter über die folgenden für unsere sozialen Zustände außerordentlich charakteristischen Vorgänge: Eine aufsehenerregende Entdeckung machte man in dem Hause Brüderstraße 16 in Angermünde. Dort wohnte unter anderen der 62 Jahre alte Arbeiter Ebel zur Miete. Tagelang, am Sonnabend zum letzten Male, hatte man ihn nicht zu Gesicht bekommen. Als er nun auch am Montag noch nicht aus seinem Zimmer kam, benachrichtigten die benachbarten Hausbewohner die Polizei. Diese ließ die Tür gewaltsam öffnen und da fand man den alten Mann erstickt tot in seinem Bett. Der hinzugezogene Arzt konnte nur noch das bereits vor längerer Zeit erfolgte Hinschmelzen feststellen. Aller Wahrscheinlichkeit nach haben Entkräftung und die große Kälte der letzten Tage den Tod des G. verursacht. — Ein ähnlicher Vorfall betrifft die 73jährige Witwe Sommerfeld, Klosterstraße 33 wohnhaft. Auch sie hatte tagelang ihr Zimmerchen nicht verlassen und als die Polizei die Tür gewaltsam öffnete, fand man sie völlig entkräftet im Bett liegend. Ihre sofortige Überführung nach dem Kreiskrankenhause vermochte sie vor dem Tod nicht zu retten. Heute nacht ist die Greisin an der Entkräftung dort gestorben. — Hunger und Kälte haben die beiden Unglücklichen getötet. Der Kapitalismus nimmt am Proletarier nur solange ein Interesse, als dieser arbeitsfähig ist. Aber diejenigen aber, die abgebraucht und von der Welle des Lebens an den Strand geschleudert sind, schreitet er erbarmungslos hinweg.

Reinhardt Straßentrüber. Ein Straßentrüber von unerhörter Kühnheit wurde am Freitagabend von unbekanntem Männern in einer der belebtesten Verkehrsstraßen Newyorks ausgeführt. In der 35. Straße, zwischen der Fifth Avenue und dem Broadway, dicht vor dem Eingang zum Garrick-Theater und in Gegenwart von Hunderten Theaterbesuchern kam kurz vor Beginn der Vorstellung ein elegantes Automobil angefahren, aus welchem zwei Herren sprangen, die den bekannten Damantenhändler Heath, der auch der Vorstellung beiwohnen wollte, mit einem Eisenstock wiedererklugen und ihm eine Tasche, die für 50 000 Mk. Diamanten enthielt, raubten. Maltbilig und ohne daß jemand der Theaterbesucher sowie der Passanten sie aufzuhalten wagte, fuhrten die frechen Straßentrüber in ihrem Automobil davon. Da kein Polizist in der Nähe war, wird es schwer fallen, die Räuber zu ermitteln. Heath hat eine schwere Kopfverletzung und Gehirnerschütterung erlitten und wurde bewußtlos in das nahegelegene Bellevue-Hospital gebracht. — Der Straßentrüber nimmt erschreckend zu. Seit dem 10. Februar haben Straßentrüber, die Automobile benutzten, im ganzen 36 000 Dollars geraubt. Die Banken bewaffnen ihre Boten. Die Polizei wird für desorganisiert erklärt.

Kleine Chronik. In Krauschütz bei Gisterwerda schnitt die Arbeiterfrau Gärtner in einem Anfälle von Geistesstörung ihrem in der Wiege schlafenden zweijährigen Kinde den Kopf vom Rumpfe ab und öffnete sich darauf selbst die Pulsadern. — Der Fluglehrer Penzel flog Sonnabend in München mit vier Personen, die zusammen mit dem Fluglehrer 344 Kilogramm wogen, 21 Minuten 45 Sekunden lang auf einem Ottodoppeldecker. Dieser Flug mit fünf Personen bedeutet einen neuen deutschen Flugrekord. Die Zeit wurde von einer Kommission des bayerischen Aeroclubs offiziell festgestellt. — Der Flieger Graham Gilmore ist bei einem Fluge nach Richmond abgestürzt und tödlich verunglückt. — In der ungarischen Gemeinde Banyola wurden von 280 Wohnhäusern 240 von den Fluten weggerissen. Militär und Gendarmarie gelang es, viele Menschen zu retten. Nähere Einzelheiten fehlen noch. — Bei einem in Fort Wayne (Indiana) erfolgten Zusammenstoß zwischen einem Zug der Pennsylvania-Bahn und einem Güterzug wurden vier Leute getötet und fünfzehn verletzt.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Seeling. Verleger: J. H. Schöpp. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Insertate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.